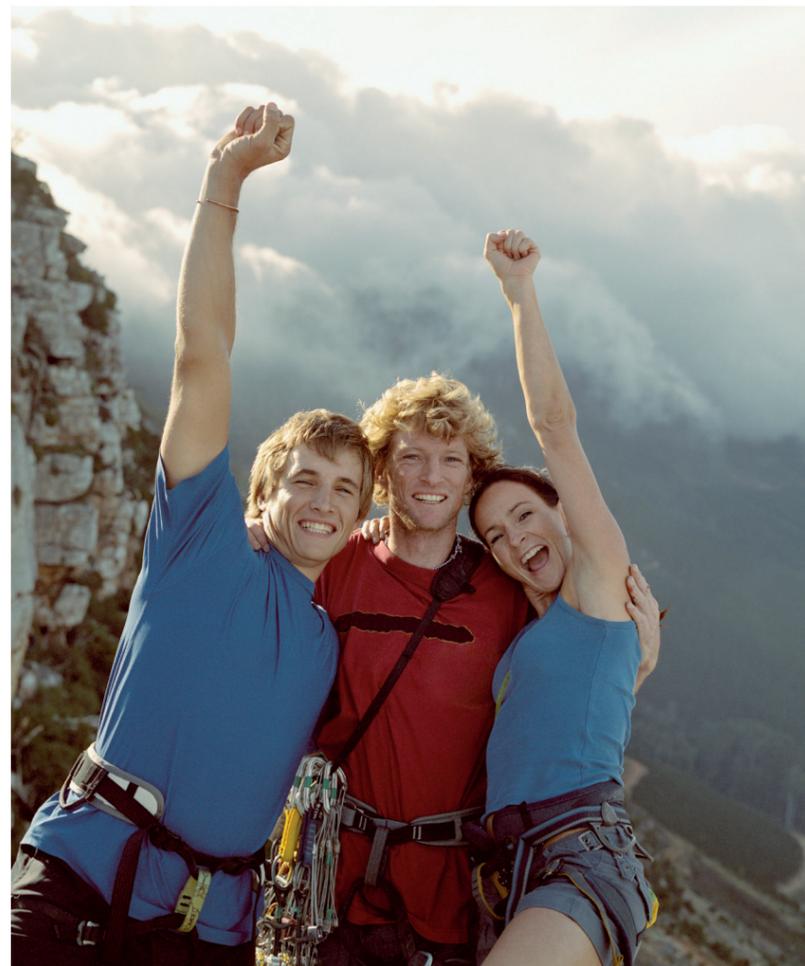


Geschäftsbericht 2013

Zusammen erfolgreich
Zusammen erfolgreich



		2013	2012	2011	2010
Ergebnis					
Ergebnis vor Steuern	in Mio. EUR	0,001	0,945	1,606	1,804
Jahresüberschuss	in Mio. EUR	-0,201	0,573	1,331	1,505
Ergebnis je Aktie	in EUR	-0,05	0,21	0,48	0,45
Dividende pro Aktie	in EUR	0,08	0,05	0,15	0,15
Finanzkennzahlen					
EBITDA	in Mio. EUR	3,246	3,520	4,049	4,445
Cashflow	in Mio. EUR	2,377	2,251	2,484	4,463
Cashflow-Rate (gesamt)	in %	5,68	5,46	6,15	10,82
Eigenkapitalquote	in %	35,62	40,29	48,22	45,08
Eigenkapitalquote Eifelhöhen-Klinik AG	in %	66,10	71,15	79,21	75,13
Umsatz					
Konzernumsatz	in Mio. EUR	39,33	38,98	38,41	39,33
Investitionen					
Investitionen	in Mio. EUR	8,77	5,03	0,68	0,52
Abschreibungen	in Mio. EUR	2,06	1,74	1,62	1,69
Mitarbeiter					
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt		564	545	545	550
Personalaufwand	in Mio. EUR	24,32	23,17	23,03	22,99
Pro-Kopf-Leistung	in EUR	74.300	75.624	74.158	74.987
Vermögen und Kapital					
Sachanlagen	in Mio. EUR	39,81	33,15	29,87	30,82
Eigenkapital	in Mio. EUR	16,98	17,27	18,25	17,32
Bilanzsumme	in Mio. EUR	47,67	42,88	37,86	38,42
Belegung					
Pflegetage		212.840	213.037	204.761	210.476
Fallzahl		7.667	7.600	7.201	7.371

Marmagen

Eifelhöhen-Klinik



Eifelhöhen-Klinik
 Dr.-Konrad-Adenauer-Str. 1
 53947 Nettersheim-Marmagen
 Telefon 02486 71-0
 Telefax 02486 71-555
www.eifelhoehen-klinik.de
info@eifelhoehen-klinik.de

Bad Wünnenberg

Aatalklinik



Aatalklinik Wünnenberg
 In den Erlen 22
 33181 Bad Wünnenberg
 Telefon 02953 970-0
 Telefax 02953 970-505
www.aatalklinik.de
info@aatalklinik.de



Eifelhöhen-Klinik Aktiengesellschaft

Graurheindorfer Str. 92
 53117 Bonn
 Telefon 0228 967782-0
 Telefax 0228 967782-49
www.eifelhoehen-klinik.ag
info@eifelhoehen-klinik.ag

Bonn

Kaiser-Karl-Klinik



The Leading Hospitals of Germany



Kaiser-Karl-Klinik
 Graurheindorfer Str. 137
 53117 Bonn
 Telefon 0228 6833-0
 Telefax 0228 6833-333
www.kaiser-karl-klinik.de
info@kaiser-karl-klinik.de

Mönchengladbach

Herzpark



Herzpark Mönchengladbach
 Louise-Gueury-Str. 400
 41169 Mönchengladbach
 Telefon 02161 552-2420
 Telefax 02161 552-2900
www.herzpark-mg.de
info@herzpark-mg.de



Inhaltsverzeichnis

Unternehmensprofil des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns	2
Vorwort des Vorstands	3
Die Gremien der Eifelhöhen-Klinik AG	5
Bericht des Aufsichtsrats	6
Der Lagebericht	8
A. Wirtschaftsbericht	8
a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	8
b) Geschäftsverlauf	13
c) Ertragslage	14
d) Finanzlage	15
e) Vermögenslage	16
B. Nachtragsbericht	16
C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	16
D. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem mit Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	20
E. Grundzüge des Vergütungssystems für den Personenkreis gemäß § 285 S. 1 Nr. 9 HGB	20
F. Angaben nach § 315 Abs. 4 HGB	21
G. Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB	22
Jahresabschluss 2013	27
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	28
Konzernbilanz	29
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	30
Konzern-Kapitalflussrechnung	31
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	32
Konzernanhang	33
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	71
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	72



Unternehmensprofil des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns

Die Eifelhöhen-Klinik AG (www.eifelhoehen-klinik.ag) mit Sitz in Bonn betreibt Einrichtungen der Rehabilitation, Altenpflege und ambulanten medizinischen Versorgung. Die börsennotierte Eifelhöhen-Klinik AG stellt dabei die hochwertige Qualität der erbrachten Dienstleistungen für Patienten und Kostenträger in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Zur Eifelhöhen-Klinik AG gehören im Rheinland

- die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH in Nettersheim-Marmagen (Eifel)
Fachklinik für Rehabilitative Medizin mit den Abteilungen Innere Medizin, Orthopädie/Traumatologie, Neurologie
- die Kaiser-Karl-Klinik GmbH in Bonn
Fachklinik für Rehabilitative Medizin mit den Abteilungen Orthopädie, Geriatrie, Innere Medizin und Chinesische Medizin (TCM)
- die Herzpark Mönchengladbach GmbH in Mönchengladbach
Fachklinik für ambulante kardiologische Rehabilitation
- eine 6%ige Beteiligung am Geriatrischen Zentrum Zülpich GmbH

Seit 2002 ist die Eifelhöhen-Klinik AG mit 70 % an der Aatalklinik Wünnenberg GmbH in Bad Wünnenberg beteiligt. In unternehmerischer Kooperation mit der Kurverwaltung Wünnenberg GmbH (Gesellschafter: Kreis Paderborn und Stadt Bad Wünnenberg) betreibt die Gesellschaft eine moderne Fachklinik mit den Indikationen Neurologie und Orthopädie sowie am gleichen Standort eine Pflegeeinrichtung mit 39 Betten und ein Medizinisches Versorgungszentrum.

Der Anteil neurologischer Betten an der Gesamtzahl der aufgestellten Reha-Betten im Eifelhöhen-Klinik-Konzern beträgt rund 50 %.

Historie

Die Eifelhöhen-Klinik AG wurde im Jahr 1970 als Eifelhöhen-Sanatorium GmbH & Co. KG gegründet. 1976, ein Jahr nach Inbetriebnahme der Klinik in Nettersheim-Marmagen, kam es zur Umbenennung in Eifelhöhen-Klinik GmbH & Co. KG.

1987 folgte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Die rund 400 Kommanditisten der GmbH & Co. KG übernahmen die Aktien im Zuge der Umwandlung. Im Verlauf der langjährigen Börsennotierung der Eifelhöhen-Klinik AG erfolgten mehrmalige Kapitalerhöhungen, zuletzt 1994 auf den aktuellen Stand von 7.987 TEUR.

Am 29. Januar 1999 erfolgte die Umstellung auf Stückaktien mit gleichzeitigem Aktiensplit im Verhältnis 1:10.



Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

das Geschäftsjahr 2013 der Eifelhöhen-Klinik AG wurde mit einem Ergebnis von 1.574 TEUR abgeschlossen. Damit konnte die langjährige solide und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens auch in 2013 erfolgreich fortgesetzt werden.

Die gute Qualität der erbrachten Leistungen für die Patienten und die damit verbundene Wettbewerbsfähigkeit der Kliniken der Eifelhöhen-Klinik AG kompensierte auch in 2013 den weiterhin bestehenden Kostendruck im Rehabilitationsmarkt und ermöglicht weitere Investitionen in innovative zukunftsorientierte Geschäftsmodelle im Reha-Markt.

Im Konzernergebnis 2013 in Höhe von -201 TEUR spiegeln sich die einmaligen Vorlaufkosten der Etablierung eines neuen und innovativen Klinikstandortes in Mönchengladbach wider.

Im Berichtsjahr hat die Eifelhöhen-Klinik AG weitere wichtige Meilensteine ihrer mittelfristigen Geschäftsstrategie umgesetzt.

- Mit dem zwischenzeitlich abgeschlossenen Erweiterungsbau der Kaiser-Karl-Klinik, der multifunktional sowohl stationär als auch ambulant genutzt werden kann, wurden die wohnortnahen rehabilitativen Leistungsangebote der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn noch weiter quantitativ und qualitativ gestärkt.

Durch die demographische Entwicklung und Rentenpolitik werden zukünftig auch ältere Rehabilitanden eine längere Lebensarbeitszeit erreichen müssen. Spezialisierte medizinische Einrichtungen müssen dafür entsprechende Angebote vorhalten. Ein wichtiges Element ist dabei u. a. die Kombination der ambulanten mit der stationären Rehabilitation bei der Behandlung orthopädischer Erkrankungen.

Die gesellschaftlichen und medizinischen Herausforderungen an die Gestaltung der zukünftig notwendigen Lebensarbeitszeit lässt sich durch die dafür prognostizierten Zahlen der Rentenversicherung deutlich belegen.

Ohne arbeitspolitische Maßnahmen sinkt die Zahl der voraussichtlich Erwerbstätigen bis Mitte 2020 um ca. 4 Mio.. Verbunden ist dies mit einem dramatischen Anstieg der Altersstruktur der Erwerbstätigen mit einem Alter von über 55 Jahren.

Eine weitere Nachfrage spezialisierter Reha-Angebote ist zunehmend auch zur Vermeidung oder Minderung von Pflegebedürftigkeit zu erwarten.

Hierbei werden sowohl insbesondere die Therapiemöglichkeiten für geriatrische und Demenzpatienten als auch medizinische Kompetenz durch die Einbindung von Spezialisten der Geriatrie benötigt.

Mit den jetzt geschaffenen baulichen und strukturellen Gegebenheiten der Kaiser-Karl-Klinik und den Indikationen Orthopädie und Geriatrie ist der Klinikstandort in Bonn für diese Aufgaben flexibel und zukunftsorientiert für die nächsten Jahre aufgestellt.

Die Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus erfolgte im IV. Quartal 2013. Die vorgenommene Gesamtinvestition beträgt ca. 4 Mio. EUR.

- Durch die Etablierung einer weiteren Stadtklinik in Mönchengladbach in 2014, in Verbindung mit einer seit 2013 betriebenen ambulanten Tagesklinik für kardiologische Rehabilitation, trägt die Geschäftspolitik der Eifelhöhen-Klinik AG auch der medizinischen Entwicklung in der Indikation Kardiologie Rechnung.

Das in Mönchengladbach umgesetzte Konzept der integrierten Versorgung durch eine vernetzte ambulante und stationäre kardiologische Rehabilitation an einem Standort, entspricht den zukünftigen Anforderungen an eine moderne kardiologische Rehabilitationsmedizin.

Die aktuellen Entwicklungen in der Herzchirurgie (z. B. Kunstherzen) und der invasiven Kardiologie erfordern zunehmend eine hochspezialisierte Nachsorge und Rehabilitation. Die dafür notwendigen Voraussetzungen sind u. a. eine intensive externe Vernetzung und Abstimmung mit den kardiologischen und herzchirurgischen Akutzentren im geographischen Umfeld einer Reha-Klinik. Dabei sollte auch die Möglichkeit einer internen „Kombirehabilitation“, d. h. einer flexiblen und individuell auf den Patienten abgestimmten ambulanten und stationären Rehabilitation, gegeben sein.



Am Standort Mönchengladbach wird dieses Modell ab Mitte 2014 umgesetzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Rehabilitationsangebotes im Herzpark Mönchengladbach wird dabei u. a. auch die Behandlung von Patienten mit Kunstherzen bzw. Herzunterstützungssystemen sein.

Wie geplant ist damit die Eifelhöhen-Klinik AG, neben ihren AHB-Angeboten in Marmagen und Bad Wünnenberg, schwerpunktmäßig auch stadt- und wohnortnah mit ihren Rehabilitationen im Rheinland etabliert und damit auch für aktuelle Entwicklungen zukunftsorientiert aufgestellt. Nach den „Investitionsjahren“ 2013/2014 wird auch im Konzernergebnis eine deutlich positive Ertragsentwicklung angestrebt.

Bonn im April 2014

Der Vorstand

Dr. med. Markus-Michael Küthmann



Die Gremien der Eifelhöhen-Klinik AG



von links: Karsten Leue, Birgit Wöstemeyer, Sigurd Roch, Markus-Michael KÜthmann

Der Aufsichtsrat

Dipl.-Oec.

Karsten Leue

(Vorsitzender)

Birgit Wöstemeyer

(Stellvertretende Vorsitzende/Arbeitnehmervertreterin)

Dipl.-Oec., Ing.

Sigurd Roch

Der Vorstand

Dr. med.

Markus-Michael KÜthmann



Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2013 wahrgenommen und den Vorstand bei der Leitung der Unternehmensgruppe beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Im Geschäftsjahr 2013 hat der Aufsichtsrat insgesamt fünf Sitzungen abgehalten. Der Aufsichtsrat war in alle für die Gesellschaft grundlegenden Entscheidungen eingebunden.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat auch im Rahmen von periodischen Informationen über die laufende Entwicklung, wesentliche Fragen der Unternehmensführung und über die Ausrichtung der Unternehmensgruppe informiert sowie bei der Auswahl von Führungskräften einbezogen.

Die Hauptversammlung 2013 war neben der Diskussion über die Dividendenhöhe bzw. Dividendenpolitik besonders durch die aufgezeigte Expansion am Standort Mönchengladbach geprägt. Hierzu bezog sich das Informationsinteresse auf das Projekt im Allgemeinen sowie die zu erwartenden Auswirkungen auf die zukünftige Fremdkapitalstruktur sowie das EBITDA.

Im Mittelpunkt der Aufsichtsratssitzungen stand wie im Vorjahr weiterhin die Entwicklung des neuen Standortes in Mönchengladbach. Auf dem stadtnahen Gelände entsteht nach Sanierung und Erweiterung des bestehenden Klinikgebäudes, ein modernes kardiologisches Zentrum für ambulante und stationäre Rehabilitation, wobei im Berichtsjahr der ambulante Bereich bereits erfolgreich in Betrieb genommen worden ist.

Weiterer Schwerpunkt war die wirtschaftliche Entwicklung der Aataklinik und die Auswirkungen auf das bestehende Pachtverhältnis.

Die Investitionsmaßnahmen in den Kliniken Marmagen (Sanierung des Bestandsgebäudes) sowie Bonn (Erweiterungsbau) wurden in jeder Sitzung eingehend erörtert.

Die Liquiditätslage und die Finanzierungsstruktur des Konzerns sind, wie im Vorjahr, geordnet.

Dem Vorschlag des Vorstands, den Bilanzgewinn 2013 zur Zahlung einer Dividende von 0,08 EUR je Stückaktie zu verwenden und 545.880,50 EUR in andere Gewinnrücklagen einzustellen, stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat befasste sich auch in 2013 mit der Weiterentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die erforderliche Entsprechenserklärung wurde im Dezember 2013 veröffentlicht. Auf weitere Ausführungen im Lagebericht der Gesellschaft wird verwiesen.

Der Vorstand hat den Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31.12.2013 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches sowie den Konzernabschluss zum 31.12.2013 und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2013 nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2013 sind von der Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung Kurt Heller GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Köln geprüft worden. Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft, der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats zusammen mit dem Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung zugeleitet. Die Unterlagen wurden vom Aufsichtsrat geprüft und mit den Abschlussprüfern erörtert. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 23.04.2014 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Konzernabschluss der



Gesellschaft gebilligt. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Gesellschaft sind somit festgestellt.

Allen Beteiligten und Beschäftigten sowie dem Vorstand möchten wir an dieser Stelle unseren Dank aussprechen.

Der Aufsichtsrat

24. April 2014

Der Aufsichtsrat

Karsten Leue
Vorsitzender



Lagebericht des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns für das Geschäftsjahr 2013

A. Wirtschaftsbericht

Die Eifelhöhen-Klinik AG mit Sitz in Bonn betreibt Einrichtungen der Rehabilitation, Altenpflege und ambulanten medizinischen Versorgung. Die börsennotierte Eifelhöhen-Klinik AG stellt dabei die hochwertige Qualität der erbrachten Dienstleistungen für Patienten und Kostenträger in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Zur Eifelhöhen-Klinik AG gehören im Rheinland

- die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH in Nettersheim-Marmagen (Eifel)
Fachklinik für Rehabilitative Medizin mit den Abteilungen Innere Medizin, Orthopädie/Traumatologie, Neurologie
- die Kaiser-Karl-Klinik GmbH in Bonn
Fachklinik für Rehabilitative Medizin mit den Abteilungen Orthopädie, Geriatrie, Innere Medizin und Chinesische Medizin (TCM)
- die Herzpark Mönchengladbach GmbH in Mönchengladbach
Fachklinik für ambulante kardiologische Rehabilitation
- eine 6%ige Beteiligung am Geriatrischen Zentrum Züllich GmbH

Seit 2002 ist die Eifelhöhen-Klinik AG mit 70 % an der Aatalklinik Wünnenberg GmbH in Bad Wünnenberg beteiligt. In unternehmerischer Kooperation mit der Kurverwaltung Wünnenberg GmbH (Gesellschafter: Kreis Paderborn und Stadt Bad Wünnenberg) betreibt die Gesellschaft eine moderne Fachklinik mit den Indikationen Neurologie und Orthopädie sowie am gleichen Standort eine Pflegeeinrichtung mit 39 Betten und ein Medizinisches Versorgungszentrum.

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auf der Grundlage einer positiven Wirtschaftsentwicklung Deutschlands im Jahr 2013 zeigt auch der Ausblick für 2014 weiterhin eine positive Entwicklung. In 2013 wurde ein Gesamtwachstum von 0,5 % erreicht.

Aufgrund eines stabilen Arbeitsmarktes mit einer Zunahme der Löhne um ca. 3 % entwickelte sich dabei eine zunehmende Binnen- nachfrage, während – vorwiegend bedingt durch die Rezession in den südeuropäischen Ländern und Frankreich – die deutschen EU-Exporte abnahmen.

Durch diese Entwicklung wird auch in 2014 weiterhin der private Konsum als wichtige Stütze des Wachstums erwartet. Der in 2013 tendenziell zu verzeichnende leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich durch ein gesteigertes Wachstum in 2014 überkompensiert werden. Abzuwarten bleibt jedoch, ob und in welchem Umfang die zurzeit von der Regierung geplanten Eingriffe in die Regulierung des Arbeitsmarktes negative Impulse auslösen werden.

Ebenfalls bleibt offen, ob die insbesondere mit der Energiewende verbundenen steigenden Kosten die Wirtschaft in Deutschland weiter belasten bzw. einschränken werden.

Trotz der – in den letzten Jahren – positiven Entwicklung der öffentlichen Finanzen durch hohe Steuereinnahmen sind weiterhin strukturelle Risiken zu verzeichnen, die in den überschuldeten Haushalten der Euro-Länder und durch die absehbaren demographischen Entwicklungen in den wirtschaftlich wichtigen Kernstaaten Europas begründet sind.

Diese Faktoren sind weiterhin als struktureller Risikofaktor für die gesamtwirtschaftliche Stabilität Deutschlands zu bewerten.



Branchenentwicklung

Auf der Grundlage der vom Bundesministerium für Gesundheit veröffentlichten Zahlen und Kommentierungen zur Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) erzielten die gesetzlichen Krankenversicherungen in 2013 insgesamt einen Überschuss von 1,2 Mrd. €. Der Gesundheitsfonds weist zum Ende des Jahres 2013 einen Überschuss von 510 Mio. € aus. Damit steigen die Finanzreserven der Krankenkassen in der Betrachtung der Finanzergebnisse und der Einnahmen des Gesundheitsfonds insgesamt auf rund 30,3 Mrd. € an.

Die Ausgaben in 2013 zeigen einen Zuwachs von 4,9 % je Versichertem. Festzustellen ist auch, dass im Vergleichszeitraum die Leistungsausgaben um 5,1 % und die Verwaltungskosten um rund 2,6 % je Versichertem gestiegen sind.

Insbesondere bei den Arzneimittelausgaben ist – vorwiegend bedingt durch Mengen- und Struktureffekte – wieder ein dynamischer Anstieg zu verzeichnen. Dieser konnte jedoch zum Teil durch Rabattvereinbarungen von Krankenkassen mit pharmazeutischen Unternehmen auf 2,4 % reduziert werden.

Ebenfalls ist zu vermerken, dass durch die Abschaffung der Praxisgebühr für Ärzte und Zahnärzte sowie Honoraranpassungen ein Zuwachs von rund 10,6 % je Versichertem bei den Ausgaben der Krankenkassen für die ambulante ärztliche Behandlung erfolgt ist. Bei den Ausgaben für Krankenhausbehandlungen ist ein Anstieg von rund 3,7 % pro Versichertem zu verzeichnen.

Die Ausgaben der Krankenkassen für Präventionsleistungen mit einem Zuwachs von ca. 8,2 % und einem Gesamtausgabenvolumen von insgesamt ca. 260 Mio. € liegen erheblich hinter den tatsächlich benötigten Finanzierungsbedingungen zurück. Aufgeschlüsselt nach den einzelnen Bereichen erfolgt für die primäre Prävention durch die Krankenkassen eine Förderung je Versichertem von 2,53 €, für die betriebliche Gesundheitsförderung 80 Cent je Versichertem und für die allgemeine Prävention 40 Cent je Versichertem.

In 2013 wurden für Rehabilitationsleistungen – dem für die Eifelhöhen-Klinik AG wichtigen Segment – insgesamt 2,56 Mrd. € ausgegeben. Das entspricht einer Steigerung von 0,08 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahr.

Auf der Grundlage der im Jahr 2013 insgesamt zu verzeichnenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Prognosen für 2014 ist davon auszugehen, dass auch im Jahr 2014 – unter Berücksichtigung der Zuschüsse aus dem Gesundheitsfonds – die Ausgaben der GKV und die Leistungen der Rentenversicherung für Rehabilitationsmaßnahmen auf dem Vorjahresniveau weitgehend erhalten bleiben.

Somit kann auf der Grundlage der zurzeit bekannten Daten im Jahr 2014 weiterhin von stabilen Verhältnissen bei der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme mit Bezug auf die Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen ausgegangen werden.



Finanzielle Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung einschl. der landwirtschaftlichen Krankenversicherung¹⁾ im 1. bis 4. Quartal 2013

Veränderungsrate je Versichertem im Vergleich zum 1. bis 4. Quartal 2012 in v. H.

	GKV	AOK	BKK	IKK	KBS	EK	LKK
Ärztliche Behandlung ²⁾	10,6	9,6	10,2	15,3	9,7	11,1	10,2
Behandlung durch Zahnärzte ohne Zahnersatz	8,5	12,4	9,0	13,6	12,5	4,1	10,2
Zahnersatz insgesamt	-0,6	0,1	-1,5	3,6	-4,9	-1,3	-0,8
Arznei- und Verbandmittel insgesamt	2,4	1,8	2,4	4,9	1,1	2,6	5,2
Summe Hilfsmittel	5,5	4,4	6,1	9,9	5,6	5,9	0,9
Summe Heilmittel	4,8	3,2	4,6	8,7	6,7	5,4	6,8
Krankenhausbehandlung insgesamt mit stationärer Entbindung	3,7	3,1	4,1	5,6	1,7	4,1	5,6
Krankengeld	6,1	9,2	5,0	7,8	-1,2	4,3	8,2
Fahrkosten	7,8	7,1	8,6	8,7	5,5	8,9	8,1
Vorsorge- u. Rehabilitationsmaßnahmen	3,0	2,7	3,7	7,5	7,8	1,9	2,0
Soziale Dienste/Prävention/Selbsthilfe/Schutzimpf.	-3,6	-3,2	-3,4	-6,1	-6,0	-2,9	-23,7
Früherkennungsmaßnahmen	2,1	1,7	2,3	6,9	2,6	1,2	6,3
Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft ohne stationäre Entbindung	8,6	10,8	4,3	3,7	16,6	10,2	7,9
Behandlungspflege/Häusliche Krankenpflege	10,5	9,7	8,9	14,4	7,6	12,5	10,1
Ausgaben für Leistungen insgesamt	5,1	4,6	5,1	7,8	4,6	5,1	5,8
Netto-Verwaltungskosten	2,6	4,7	4,3	3,1	7,8	-0,9	13,5
Ausgaben insgesamt	4,9	4,6	5,1	7,5	4,7	4,8	6,2
Überschuss der Einnahmen bzw. der Ausgaben absolut in Mio. EUR							
Ausgaben insgesamt	194.446	73.115	28.669	13.117	6.593	70.507	2.446
Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds ³⁾	191.614	73.493	28.610	13.083	6.568	69.859	
Beitragseinnahmen ⁴⁾	1.019	57	11	8	0	38	904
Sonstige Einnahmen ⁵⁾	2.993	541	241	88	53	558	1.512
Einnahmen insgesamt	195.625	74.092	28.862	13.180	6.621	70.455	2.416
Überschuss/Defizit (-)	1.179	977	193	63	28	-52	-30
GESUNDHEITSFONDS-Überschuss der Einnahmen bzw. der Ausgaben und Veränderung zum 1. bis 4. Quartal 2012							
	in Mio. EUR		Veränderung zum 1. bis 4. Quartal 2012 in v. H.				
Ausgaben für das 1. bis 4. Quartal 2013 insgesamt	192.001		3,50				
davon:							
Zuweisungen an die Krankenkassen ⁶⁾	191.954		3,50				
Vergütungen an andere für Verwaltungszwecke (Minijob Zentrale)	36						
Verwaltungskosten des Gesundheitsfonds gem. 271 Abs. 6 SGB V	11						
Einnahmen für das 1. bis 4. Quartal 2013 insgesamt	192.511		1,8				
davon:							
Beitragseinnahmen incl. Forderungen	181.133		3,40				
Bundeszuschüsse	11.374		-17,8				
Sonstige Einnahmen	4						
Überschuss/Defizite (-)	510						

¹⁾ Die landwirtschaftlichen Krankenkassen (LKK) nehmen nicht an dem zum 01.01.2009 eingeführten Gesundheitsfonds teil.

²⁾ einschl. Behandlung durch Belegärzte in Krankenhäusern, ärztliche Beratung und Behandlung bei Empfängnisverhütung, Sterilisation, Schwangerschaftsabbruch sowie ohne Dialysesachkosten und ohne von den Versicherten geleistete Zuzahlungen

³⁾ Von den Krankenkassen ausgewiesene Zuweisungen für den Berichtszeitraum einschließlich Forderungen und Verpflichtungen

⁴⁾ Der Wert der landwirtschaftlichen Krankenversicherungen bezieht sich auf die Beitragseinnahmen des Berichtszeitraums. Bei den Beitragseinnahmen der anderen Krankenkassenarten (am Gesundheitsfonds teilnehmende Krankenkassen) handelt es sich insbesondere um Beiträge bis zum 31.12.2008 (GKV-Weit RD 109 Mio. Euro), die erst jetzt den Krankenkassen bekannt wurden

⁵⁾ bei den LKK'n insbesondere Zuschüsse des Bundes für die landwirtschaftlichen Altenteller sowie bei allen Kassen insbesondere Erstattungen von Dritten und Vermögenserträge

⁶⁾ ausgezahlte Zuweisungen des Bundesversicherungsamtes für den Berichtszeitraum

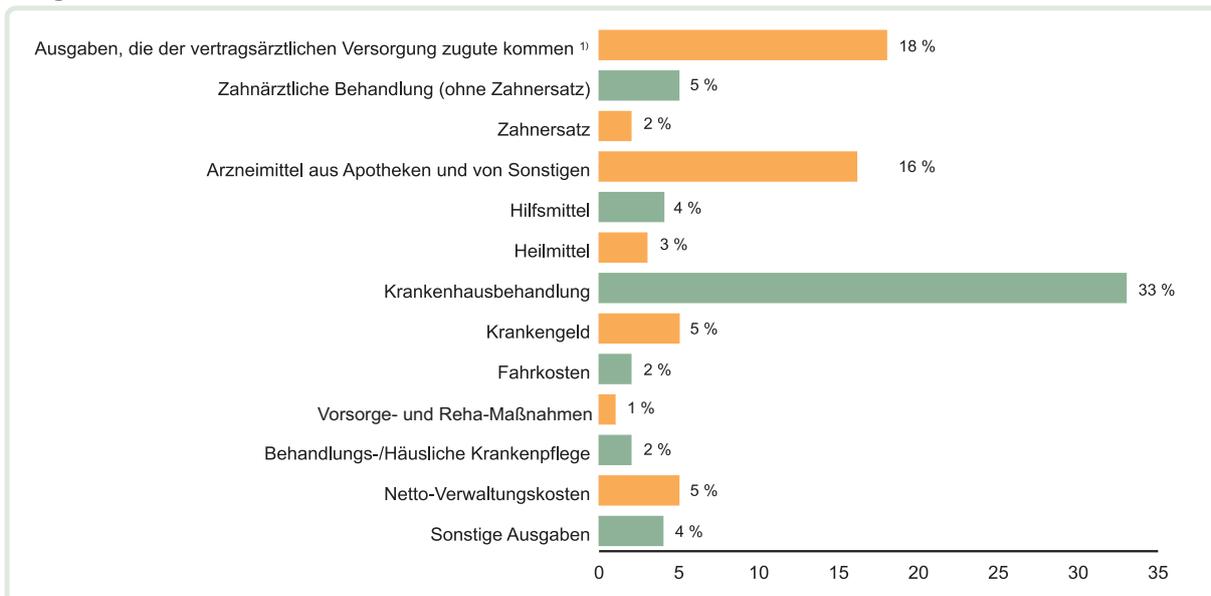
Quelle: GKV Statistik BMG, Vordruck KV 45



Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung

	in Mrd. EUR		absolute Differenz 2012 zu 2013
	1. bis 4. Quartal 2012	1. bis 4. Quartal 2013	
Ausgaben insgesamt	184,52	194,45	9,92
mit Zuzahlungen der Versicherten	189,96	198,03	8,06
Leistungen insgesamt	173,64	182,84	9,20
mit Zuzahlungen der Versicherten	179,08	186,42	7,34
darunter - jeweils mit Zuzahlungen - :			
Ausgaben, die der vertragsärztlichen Versorgung zugute kommen ¹⁾	34,49	35,96	1,46
Zahnärztliche Behandlung ohne Zahnersatz	9,10	9,46	0,36
Zahnersatz	3,12	3,11	-0,01
Zahnärztliche Behandlung insgesamt	12,22	12,57	0,35
Arzneimittel aus Apotheken und von Sonstigen	31,33	32,21	0,89
Hilfsmittel	6,80	7,20	0,41
Heilmittel	5,27	5,54	0,28
Krankenhausbehandlung	62,47	64,91	2,44
Krankengeld	9,17	9,75	0,58
Leistungen im Ausland	0,86	0,72	-0,14
Fahrkosten	4,06	4,38	0,33
Vorsorge- und Reha-Maßnahmen	2,48	2,56	0,08
Soziale Dienste/Prävention/Impfungen	1,49	1,43	-0,06
Schwangerschaft/Mutterschaft ²⁾	1,05	1,15	0,09
Behandlungspflege/Häusliche Krankenpflege	3,91	4,33	0,42
Sonstige Leistungsausgaben	3,49	3,71	0,22
Sonstige Aufwendungen	1,27	1,72	0,45
Netto-Verwaltungskosten	9,61	9,88	0,27

Ausgabenanteile 1.- 4. Quartal 2013



¹⁾ In dieser Ausgabenposition sind enthalten: ärztliche Behandlung (incl. ärztl. Behandlung im Rahmen der integrierten Versorgung), Behandlung durch Belegärzte in Krankenhäusern, ärztliche Beratung und Behandlung bei Empfängnisverhütung, Sterilisation, Schwangerschaftsabbruch, Früherkennung, Mutterschaftsvorsorge sowie Dialyse-Sachkosten. Die Praxisgebühr ist mit Wirkung vom 1.1.2013 weggefallen.

²⁾ ohne stationäre Entbindung und ärztliche Leistungen



Die Eifelhöhen-Klinik-Aktie

Höchstkurs 2013	4,83 EUR	(22.02.2013)
Tiefstkurs 2013	3,33 EUR	(11.06.2013)
Schlusskurs zum 31.12.2013	3,75 EUR	
Börsenumsatz Frankfurt	550.165 Stück	
Börsenumsatz Vorjahr	746.441 Stück	

Unseren aktuellen Börsenkurs finden Sie z. B. unter=<http://www.boerse.de/boersenkurse/EIFELHOEHEN-KLINIK-ON/DE0005653604>

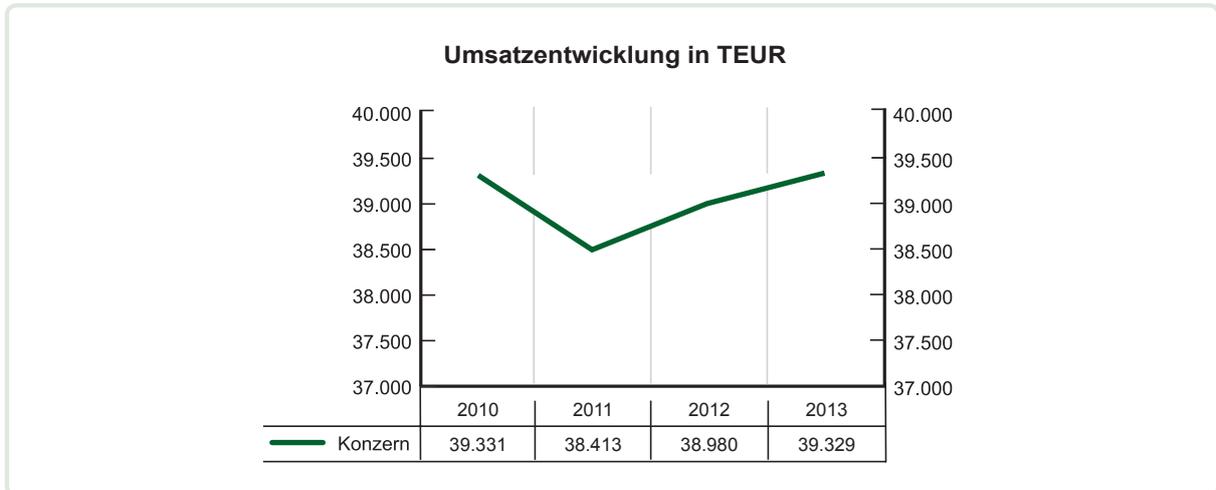
Entwicklungen im Jahr 2013



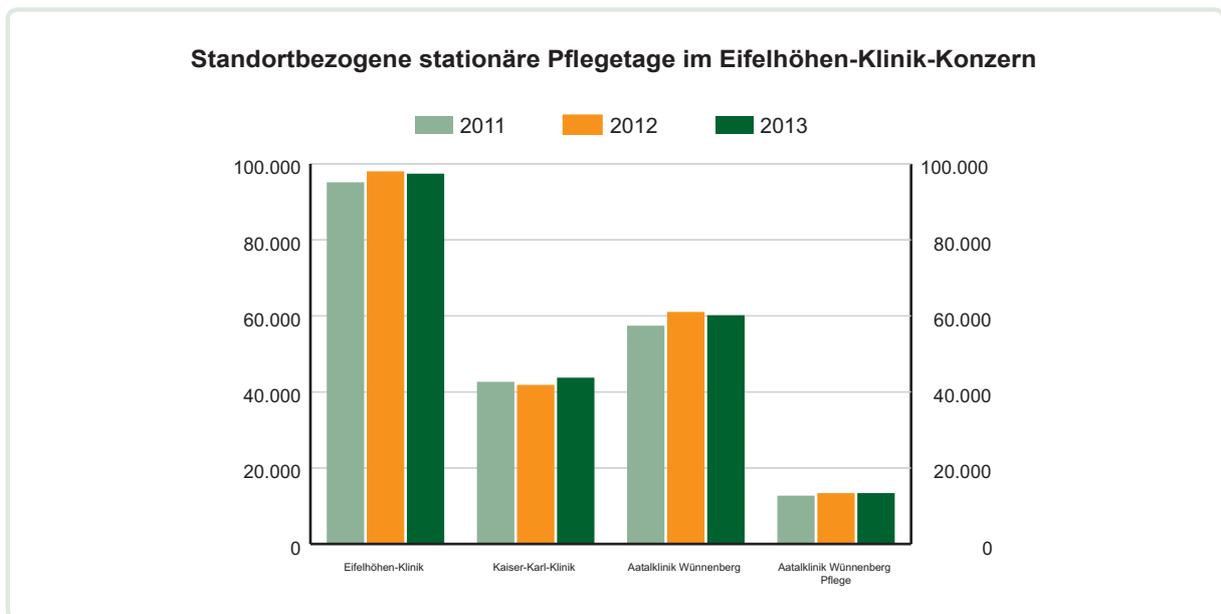
Quellen: comdirect bank AG



b) Geschäftsverlauf

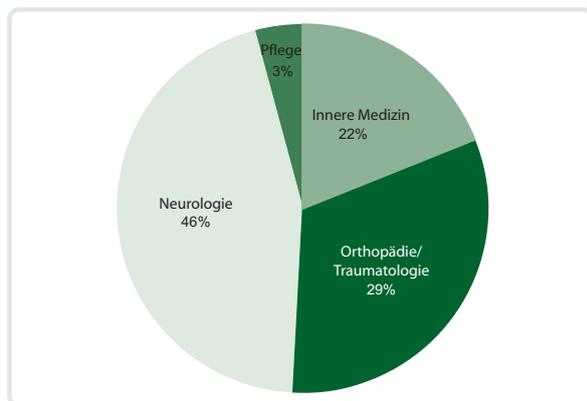


Im Geschäftsjahr 2013 konnte der Umsatz um 349 TEUR gesteigert werden, hauptsächlich aufgrund der höheren Auslastung in der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn und den Erlössteigerungen in der Herzpark-Klinik in Mönchengladbach durch die ambulante Rehabilitation.





Aufteilung der stationären Behandlungserlöse nach Fachabteilungen im Jahr 2013



Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 676 TEUR. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf eine Umgliederung aus den Umsatzerlösen – die aus Gründen der Klarheit erfolgte – zurückzuführen.

Das Konzernergebnis war in 2013 stark beeinflusst durch die Anlaufkosten des neu etablierten Standortes in Mönchengladbach. Dort wurde der operative Geschäftsbetrieb Ende 2012 mit der kardiologischen ambulanten Rehabilitation aufgenommen. Die Aufwendungen dafür lagen in 2013 plangemäß noch deutlich über den Erträgen.

Zum 31.12.2013 wird daher ein Konzernjahresfehlbetrag von -201 TEUR ausgewiesen.

Nach Entnahme aus den Gewinnrücklagen in Höhe von 378 TEUR verbleibt ein Konzernbilanzgewinn von 787 TEUR.

c) Ertragslage

	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Gesamtleistung	41.905	41.215	690	1,7
Betriebliche Aufwendungen	41.236	39.740	1.496	3,8
Betriebsergebnis	669	1.475	-806	-54,6
Zinsergebnis (Saldo)	-1.130	-773	-357	46,2
Ordentliches Unternehmensergebnis	-461	702	-1.163	>-100,0
Neutrales Ergebnis	462	243	219	90,1
Ergebnis vor Steuern	1	945	-944	-99,9
Steuern vom Einkommen und Ertrag	202	372	-170	-45,7
Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss	-201	573	-774	>-100,0

In 2013 stieg die Gesamtleistung um 690 TEUR auf 41.905 TEUR hauptsächlich aufgrund der höheren Auslastung in der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn und den Erlösen aus der ambulanten Rehabilitation in der Herzpark-Klinik in Mönchengladbach.

Die dafür notwendigen betrieblichen Aufwendungen stiegen überproportional um 1.496 TEUR. Wesentliche Aufwandssteigerungen sind beim Personalaufwand (+1.160 TEUR) sowie bei den bezogenen Leistungen (+292 TEUR) zu verzeichnen.

Der Anstieg des Personalaufwands ist insbesondere auf den Personalaufbau am Klinikstandort in Mönchengladbach (+623 TEUR) zurückzuführen. Der Anstieg der bezogenen Leistungen beruht hauptsächlich auf erhöhten Aufwendungen für zusätzliche Fahrtkosten der Patienten (+107 TEUR) sowie erhöhten Aufwendungen für Fremdleistungen (+187 TEUR).

Das Finanzergebnis verringerte sich aufgrund des erhöhten Finanzmittelbedarfs für die umfassenden Umbau- und Erweiterungs-



baumaßnahmen im Konzern und lag in 2013 bei -1.130 TEUR (Vorjahr -773 TEUR).

Das neutrale Ergebnis verbesserte sich um 219 TEUR. Hier sind aufgrund eines Brandschadens in der Aatakllinik Wünnenberg um 254 TEUR höhere Erträge aus Schadensfällen zu verzeichnen.

Im Rahmen der kaufmännischen Vorsicht wurde eine Überprüfung der Werthaltigkeit der Sachanlagen der Aatakllinik Wünnenberg durchgeführt. Der auf Basis des Nutzungswerts durchgeführte Werthaltigkeitstest führte zu einem Wertminderungsaufwand in Höhe von 200 TEUR bei den bilanzierten Vermögenswerten.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sank um 944 TEUR auf 1 TEUR. Nach Abzug des Steueraufwands errechnet sich ein Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von -201 TEUR.

Das EBITDA verminderte sich daher von 3.520 TEUR im Jahr 2012 auf 3.246 TEUR im Jahr 2013, d. h. von 8,5 % auf 7,7 % der Gesamtleistung im Jahr 2013.

d) Finanzlage

	2013 TEUR	2012 TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	+3.214	+2.689
Netto-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (I.)	+2.377	+2.251
Cashflow aus Investitionstätigkeit (II.)	-8.760	-5.026
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (III.) (Ausschüttung und Kredittilgung)	+1.551	+2.002
Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe I. + II. + III.)	-4.832	-773

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist von 2.689 TEUR auf 3.214 TEUR gestiegen. Wesentliche Ursache sind höhere Abschreibungen bei den Sachanlagen und die Veränderung der Verbindlichkeiten (+522 TEUR).

Die entscheidenden Veränderungen des Cashflows aus Investitionstätigkeit um -3.734 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultieren vorwiegend aus den umfassenden Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen im Konzern.

Die Gesellschaft konnte im Jahr 2013 die bestehenden kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten weiterhin plangemäß tilgen. Neben den zum Stichtag vorhandenen Mitteln in Höhe von 1.257 TEUR verfügt der Konzern über nicht ausgeschöpfte Kreditlinien von 4.457 TEUR.

Unter Einbeziehung der Dividendenzahlung an die Aktionäre in Höhe von 151 TEUR und der erfolgten Nettozuführung von Krediten mit 1.702 TEUR errechnet sich beim Finanzmittelfonds insgesamt eine Veränderung von -4.832 TEUR im Vorjahresvergleich.

Die Fähigkeit des Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, war im Zeitraum 2013 uneingeschränkt gegeben.



e) Vermögenslage

	2013	2012	2011	2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen	39.808	33.149	29.868	30.817
Eigenkapital	16.980	17.274	18.254	17.322
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	20.230	18.062	14.929	16.330
Kurzfristiges Fremdkapital	10.461	7.539	4.675	4.768
Bilanzsumme	47.671	42.875	37.858	38.420

Das Sachanlagevermögen stieg von 33.149 TEUR auf 39.808 TEUR. Die Zugänge betreffen im Wesentlichen Investitionen in das Klinikgebäude in Mönchengladbach und den Erweiterungsbau der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 31.12.2013 35,6 % (Vorjahr 40,3 %).

Die bisherigen lang- und kurzfristigen Schulden sind auch im Jahr 2013 kontinuierlich zurückgeführt worden. Aufgrund der Finanzierung der Neuinvestitionen in 2013 sind die lang- und kurzfristigen Schulden insgesamt gestiegen. Die Vermögens- und Kapitalstruktur des Konzerns wird weiterhin als solide eingeschätzt.

B. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine besonderen Ereignisse eingetreten.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Wie in den vergangenen Jahren zeichnet sich auch für das Jahr 2014 eine restriktive Haltung der Kostenträger bei der Berücksichtigung der tatsächlichen Kostensteigerungen der Kliniken ab. Eventuelle unterjährige nominelle Pflegesatzerhöhungen werden sich voraussichtlich – wie auch in den vergangenen Jahren – lediglich im Rahmen oder unter der Grundlohnsummenentwicklung bewegen. Gleichzeitig ist durch die regionale Wettbewerbssituation ggf. eine Anpassung an die tatsächlich bezahlten Pflegesätze bzw. Fallpauschalen weiterhin notwendig.

Bei der mittelfristigen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme ist aufgrund konjunktureller und struktureller Veränderungen und Risiken in den Staatshaushalten in den nächsten Jahren bei den Vergütungen mit weiteren restriktiven und qualitätsorientierten Veränderungen durch den Gesetzgeber und die Kostenträger zu rechnen.

Der Vorstand beabsichtigt daher, die bewährte Geschäftspolitik mit dem Schwerpunkt des Unternehmens im Reha-Markt durch weitere Stärkung des anerkannten sehr hohen Qualitätsniveaus der Kliniken und ihrer Spezialisierung im Kerngeschäft fortzuführen. Ergänzend wird das klinische Angebot auf die zukünftigen demografischen und medizinischen Herausforderungen im Rehabilitationsmarkt ausgerichtet, u. a. durch das Angebot von ambulanten und stationären Therapieangeboten in Bonn und am neuen Klinikstandort in Mönchengladbach.

Ergänzend erfolgt die kontinuierliche Prüfung von Wachstumschancen, z. B. durch Akquisition weiterer Klinikstandorte.

Aufgrund der allgemeinen Rahmenbedingungen der Finanzierung des Gesundheitssystems kann zum heutigen Zeitpunkt trotz der mittelfristig erwarteten positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens eine Verschlechterung der Vermögens- und Ertragslage des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns langfristig jedoch nicht sicher ausgeschlossen werden.

Bei dem operativen Ergebnis 2014 wird eine ähnliche Entwicklung wie in 2013 erwartet, sofern sich die mittelfristigen Rahmenbedingungen der Zuweisung von Patienten in die Unternehmen der Eifelhöhen-Klinik AG durch die Kostenträger nicht wesentlich ändern.



Risikobericht

Allgemein

Das Risikomanagementsystem des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns basiert auf einem EDV-gestützten Analyseprogramm, in dem die Risikobeschreibung – aufgeteilt nach den einzelnen Unternehmensgesellschaften – erfolgt, um eine verbesserte spezifische Risikoeinschätzung für die einzelnen Unternehmensteile vornehmen zu können. In diesem System werden die betrieblichen Risiken nach Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit auf der Grundlage von vorgegebenen Versicherungsalgorithmen skaliert. Die inhaltliche Prüfung aller bekannten Risiken erfolgt gemäß der festgesetzten individuellen Überwachungsintervalle mindestens einmal jährlich; ggf. werden notwendige Steuerungsmaßnahmen eingeleitet. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagements ist der Versicherungsbereich, durch den bedeutende Risiken wie Brand, Betriebsunterbrechung, Haftung und Schadensersatzansprüche beschrieben, überwacht und zentral abgesichert werden.

Die Überwachungs- und allgemeinen Zuständigkeiten sowie die inhaltliche Beschreibung und Bewertung der Risiken sind den juristischen Vertretern der einzelnen Unternehmen zugeordnet; bei mehreren Vertretern ist der verantwortliche Vertreter für die Erstellung namentlich festgelegt.

Die allgemeinen Risiken für den Betrieb von Rehabilitationskliniken, Pflegeheimen und ambulanten Einrichtungen des Unternehmens sind durch die große Abhängigkeit von gesundheitspolitischen Entscheidungen und die Möglichkeiten der kurzfristigen Umsteuerung von Finanzmitteln durch die Kostenträger in andere Sektoren des Gesundheitsmarktes weiterhin gegeben.

Ergänzend liegt ein wesentliches Risiko des Betriebes insbesondere bei Rehabilitationskliniken in der Tatsache, dass – im Gegensatz zu den Akutkliniken – auch der Kapitalkostenanteil für Gebäudeinvestitionen zu finanzieren ist und somit unter Einbeziehung der Personalkosten ein erhebliches Fixkostenrisiko bei den Gesamtkosten besteht.

Bei rückläufigen Belegungen durch Veränderungen in der Organisation von Gesundheitsdienstleistungen können daher kurzfristig erhebliche Erlösminderungen und Verluste entstehen, da die Reduzierung bei Personal- und Sachkosten aufgrund allgemeiner vertraglicher, gesetzlicher und tariflicher Bestimmungen in den betroffenen Unternehmen nur zeitverzögert und eingeschränkt erfolgen kann.

Die Wahrscheinlichkeit extern veranlasster Belegungsschwankungen und das Preisänderungsrisiko sind u. a. durch die laufenden Fusionsprozesse der GKV im Vergleich zu den Vorjahren weitgehend gleich geblieben.

Festzustellen bleibt weiterhin ein deutlicher Kostendruck durch die Vorgaben der GKV und Rentenversicherungen und die strukturellen Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungssysteme. Aufgrund der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise bestehen absehbar auch für das Sozialversicherungssystem erhebliche Risiken. Eine detaillierte Quantifizierung dieser Risiken ist jedoch aufgrund der vielfältigen einflussnehmenden Faktoren und der Komplexität des Finanz- und Gesundheitssystems auf Unternehmensebene nicht möglich.

Generell ist das Ausfallrisiko von Forderungen der Unternehmen des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns eher gering, da die wesentlichen Forderungen der Unternehmen aus klinischen Leistungen hauptsächlich gegenüber gesetzlichen und privaten Kranken- sowie Rentenversicherungen bestehen.

Bei den nationalen und internationalen Banken besteht weiterhin ein erhöhtes Risiko, dass die finanzierenden Banken ihre Darlehensbestände an Dritte abtreten.



Unternehmen und Beteiligungen

Eifelhöhen-Klinik AG

Zum 01.10.2010 ist der Klinikbetrieb in Marmagen durch Übertragung der dem Klinikbetrieb zuzuordnenden Aktiva und Passiva an eine Konzerntochter, die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH, übertragen worden. Grund und Boden sowie die Klinikimmobilie wurden nicht mit übertragen.

Die Bürgschaftshöhe der Eifelhöhen-Klinik AG zum 31.12.2013 für die in diesem Zusammenhang vorgenommene Umwandlung der bisherigen Unterstützungskasse der Eifelhöhen-Klinik AG in eine Gruppenunterstützungskasse zusammen mit der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH beträgt 1.106 TEUR.

Die wesentlichen Leistungen der Unterstützungskasse müssen ab 2014 aus dem wirtschaftlichen Ergebnis der Eifelhöhen-Klinik AG erbracht werden.

Bei der Eifelhöhen-Klinik AG wird der Verpflichtungsüberschuss, bezogen auf das vorhandene Unterstützungskassenvermögen, zulässigerweise nur im Anhang vermerkt und nicht als Schuldposten in der Bilanz ausgewiesen.

Zum 31.12.2013 liegt dieser Verpflichtungsüberschuss, berechnet nach der PUC-Methode, mit einem Zinssatz von 4,88 % (Vorjahr: 5,04 %) bei 2.547 TEUR.

Im Falle einer negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland mit ggf. steigendem Insolvenzrisiko besteht das Risiko, erhöhte Beiträge an den Pensionssicherungsverein zahlen zu müssen.

Durch den kontinuierlich bestehenden Preisdruck der Kostenträger auf die Pflegesätze und Fallpauschalen besteht für die Klinikstandorte der Tochtergesellschaften grundsätzlich das Risiko des schleichenden Substanzverzehr.

Die wesentlichen Risiken der Eifelhöhen-Klinik AG aus Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind wie folgt:

Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH

Bei der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH besteht weiterhin ein Standortrisiko. Die Klinik liegt zwar im Einzugsgebiet von drei Universitätskliniken, jedoch ist der Mikrostandort ohne Anbindung an die Infrastruktur eines traditionellen Kurortes wenig attraktiv. Zusätzliche Rehabilitationsangebote entstehen in den umliegenden Ballungszentren. Durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen (z. B. wohnortnahe und ambulante Rehabilitation) und durch neue Versorgungsangebote (z. B. Geriatrie), die sich zum Teil mit den bisherigen Rehabilitationsangeboten der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH überlappen, erhöht sich am regionalen Markt der Wettbewerb.

Aufgrund einer weitgehend gedeckelten bzw. teilweise sinkenden Vergütung bei den Pflegesätzen und allgemein steigenden Kosten besteht die latente Gefahr, dass die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH die u. a. wettbewerbsmäßigen notwendigen Investitionen baulicher und allgemeiner Art mittelfristig nicht mehr ausreichend aus dem vorhandenen Cashflow oder durch Darlehen bedienen kann. Ebenso müssen ggf. bestehende Vergütungsvereinbarungen mit den Kostenträgern mit der Gefahr der Erlösminde- rung an die regionale Wettbewerbssituation angepasst werden.

Ein weiteres Betriebsrisiko der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH liegt bei den mittelbaren Verpflichtungen aus der betrieblichen Unterstützungskasse. Ergänzend wird in den nächsten Jahren die Zahl der Rentenbezieher in der Unterstützungskasse durch altersbedingt ausscheidende Mitarbeiter des Unternehmens sukzessive anwachsen.

Bei der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH wird diese Verpflichtung abzgl. des vorhandenen Unterstützungskassenvermögens zulässigerweise nur im Anhang vermerkt und nicht als Schuldposten in der Bilanz ausgewiesen.

Zum 31.12.2013 liegt dieser Verpflichtungsüberschuss, berechnet nach der PUC-Methode, mit einem Zinssatz von 4,88 % (Vorjahr: 5,04 %) bei 1.618 TEUR.



Aata Klinik Wünnenberg GmbH und Tochtergesellschaften

Bei der 70%igen Beteiligung an der Aata Klinik Wünnenberg GmbH ist zu beachten, dass der Anteil der von der Klinik zu erwirtschaftenden Pacht bezogen auf den Gesamtumsatz relativ hoch ist. Die Wettbewerbsvorteile einer modernen und guten Gebäudestruktur werden dadurch bei weitgehend gedeckelter bzw. sinkender Vergütung der Kostenträger bei den zu erzielenden Erlösen pro Fall und dem möglichen wirtschaftlichen Gesamtergebnis überwiegend aufgewogen. Ferner ist zu beachten, dass in den nächsten Jahren verstärkt Investitions- und Instandhaltungskosten entstehen werden.

Die mittelbar bestehenden Darlehensverpflichtungen aus dem Pachtvertrag der Aata Klinik Wünnenberg GmbH (Kapitaldienstgarantie) sind zum wesentlichen Teil für die nächsten Jahre durch entsprechende Zinsbindungsfristen festgeschrieben.

Bei der Aata Klinik besteht ergänzend ein in den letzten beiden Jahren deutlich gestiegenes Risiko bei der bislang kontinuierlich erreichten durchschnittlichen Belegung und den damit verbundenen Erlöspotentialen. Durch die zwischenzeitlich entstandene regionale Konkurrenzsituation mit anderen Anbietern – auch im Segment der neurologischen Frührehabilitation – besteht weiterhin ein erheblicher Druck auf die zu erzielenden Pflegesätze und die Belegung. Ebenso bewirken die steigenden Transport- und Behandlungskosten von schwer erkrankten Patienten eine zunehmende wirtschaftliche Belastung für das Unternehmen.

Weiterhin bestehen Erlösrisiken durch erfolgte Änderungen bei der Beihilfeverordnung für Privatpatienten auf Landes- bzw. Bundesebene.

Im Medizinischen Versorgungszentrum Bad Wünnenberg/Südkreis Paderborn GmbH (MVZ) und der Gesellschaft für Schlaganfall- und Gesundheitsforschung mbH mit dem Schwerpunkt der ambulanten ärztlichen Versorgung bestehen deutlich gestiegene Risiken bei der Wirtschaftlichkeit durch die Rahmenbedingungen des geltenden Vergütungssystems und die zu erreichenden Fallzahlen. Ebenso wurden sinnvolle Kooperationsmöglichkeiten mit externen Ärzten/Praxen durch die dafür geltenden Regularien eingeschränkt. Dadurch werden wirtschaftlich ggf. sinnvolle Kooperationen und u. a. die kontinuierliche Besetzung von Facharzt-sitzen deutlich erschwert und möglicherweise eine neue gesellschaftsrechtliche Organisation der o. g. Gesellschaften benötigt.

Bei der Aata Klinik Wünnenberg Pflege GmbH bestehen die üblichen Risiken aus dem Betrieb von Pflegeeinrichtungen bei ansonsten stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Kaiser-Karl-Klinik GmbH

Bei der Kaiser-Karl-Klinik GmbH ist der Anteil der betrieblichen Pachtaufwendungen an den laufenden Betriebskosten sehr hoch. Die Vorteile einer modernen und attraktiven Gebäudesubstanz werden bei weitgehend gedeckelter Vergütung der Kostenträger bei den zu erzielenden Erlösen pro Fall durch die zu zahlende Pacht partiell aufgewogen.

Weiterhin bestehen bei der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn auch zukünftig erhebliche Erlösrisiken durch den überproportionalen Anteil von Privat- und Beihilfepatienten aufgrund der bestehenden Beihilfebestimmungen sowie durch saisonale oder wettbewerbsbedingte Belegungsveränderungen bei den Zuweisungen durch vorbehandelnde Akutkliniken.

GlobalMed GmbH

Die GlobalMed GmbH ist wirtschaftlich vollständig von den Pachtzahlungen der Kaiser-Karl-Klinik GmbH abhängig. Ferner ist zu beachten, dass durch ausgelaufene Gewährleistungsverpflichtungen der Bauunternehmen in Zukunft verstärkt Investitions- und Instandhaltungskosten entstehen. Ergänzend sind weitere notwendige Investitionen aufgrund zukünftiger Auflagen aus Gründen einer verbesserten und gesetzlich ggf. vorgeschriebenen Energieeffizienz nicht auszuschließen.

Herzpark Mönchengladbach GmbH

Bei dieser Gesellschaft bestehen die üblichen Risiken bei der Planung und Inbetriebnahme einer Klinik mit ambulanten und stationären Behandlungsplätzen an einem neuen Standort. Hierbei sind insbesondere die üblichen Risiken bei der Personalgewinnung und die Akzeptanz der neuen Klinik durch Kostenträger bzw. einweisende Institutionen zu nennen.



Gesundheitspark Hardterwald Immobilien GmbH

Bei dieser Gesellschaft besteht das Risiko, dass dieses Unternehmen im Wesentlichen von den zu erwartenden Pachtzahlungen der Herzpark Mönchengladbach GmbH abhängig ist. Ferner sind über den Investitionsplanungen liegende Kostensteigerungen während der Sanierungs- und Bauphase aufgrund zurzeit nicht vorhersehbarer Gegebenheiten nicht auszuschließen. Diese entsprechen den üblichen Risiken solcher Projektentwicklungen und Bauvorhaben.

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH (GZZ)

Bei der 6%-Beteiligung am GZZ besteht seit 2007 ein erhöhtes Risiko durch die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums und der damit verbundenen mittelbaren Bürgschaftsverpflichtung der Gesellschaft.

D. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem mit Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Ziel des Internen Kontrollsystems (IKS) für den Rechnungslegungsprozess ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichend Sicherheit zu gewährleisten, dass Jahresabschlüsse erstellt werden, die den satzungsmäßigen und gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Die Eifelhöhen-Klinik AG stellt den Konzernabschluss für die einzelnen Beteiligungen und Tochtergesellschaften auf.

Diesem Prozess vorgelagert ist die Finanzberichterstattung der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften. Beide Prozesse werden durch ein Kontrollsystem überwacht, welches sowohl die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung als auch die Einhaltung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen sichert.

Wesentliche Regelungen und Instrumentarien sind die

- Anwendung der gesetzlichen Bilanzierungsrichtlinien sowohl auf Konzernebene als auch in den einzelnen Konzerngesellschaften
- klar definierte Aufgabentrennung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen den am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen bzw. Mitarbeitern
- Einbeziehung externer Sachverständiger, soweit erforderlich, z. B. zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen
- Verwendung geeigneter IT-Systeme
- Berücksichtigung von im Risikomanagement erfassten und bewerteten Risiken in den Jahresabschlüssen, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregelungen erforderlich ist.

Alle jahresabschlussrelevanten Strukturen und Prozesse unterliegen im Rahmen der gesetzlichen Abschlussprüfung der jährlichen Überprüfung durch die jeweiligen beauftragten Wirtschaftsprüfer.

E. Grundzüge des Vergütungssystems für den Personenkreis gemäß § 285 S. 1 Nr. 9 HGB

Herr Dr. med. Markus-Michael Küthmann war in 2013 Alleinvorstand der Eifelhöhen-Klinik AG.

Die Vergütung des Vorstands setzt sich aus einem Grundgehalt und aus einer Tantieme in Höhe von 3 % des Konzernjahresüberschusses zusammen. Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für das Geschäftsjahr 2013 werden die Ergebnisse der Herzpark Mönchengladbach GmbH sowie der Gesundheitspark Hardterwald Immobilien GmbH nicht berücksichtigt.

Auf das Vorstandsgehalt von Herrn Dr. Küthmann werden die Bezüge, die er in der Aata Klinik Wünnenberg GmbH als Geschäftsführer erhält, in Anrechnung gebracht.

Darüber hinaus werden keine Leistungen, insbesondere Pensionszusagen, Aktienoptionen oder Kreditgewährungen durch die Gesellschaft an das Vorstandsmitglied erbracht.



F. Angaben nach § 315 Abs. 4 HGB

- 1) Das gezeichnete Kapital von 7.987.200 EUR ist eingeteilt in 3.120.000 Stückaktien ohne Nennbetrag. Das Nominalkapital je Stückaktie beträgt 2,56 EUR. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme.
- 2) Die Gesellschaft hält am Bilanzstichtag 93.158 eigene Stückaktien, die nicht dividenden- und stimmberechtigt sind.
- 3) Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital von mehr als 10 % sind der Gesellschaft bis zum Ende der Aufstellungsphase des Lageberichts wie folgt bekannt:

Name / Gesellschaft	Direkter Anteil der Stimmrechte in %	Indirekter Anteil der Stimmrechte in %
SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG, Graal-Müritz	14,70	
Graaler Care GmbH, Graal-Müritz		14,70
AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG, Graal-Müritz	13,90	
Graaler Management GmbH, Graal-Müritz		13,90

- 4) Es gibt keine Inhaber von Aktien mit Sonderrechten.
- 5) Die am Kapital beteiligten Arbeitnehmer üben ihre Kontrollrechte unmittelbar aus.
- 6) Es gelten die gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands (§§ 84, 85 AktG) sowie für die Änderung der Satzung (§§ 133, 179 AktG).
- 7) Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 01.08.2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um einen Nennbetrag von bis zu 3.993.600 EUR durch Ausgabe von bis zu 1.560.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats in folgenden Fällen ganz oder teilweise auszuschließen:
 - a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen
 - b) bei einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage, soweit die neuen Aktien im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen oder anderen Wirtschaftsgütern ausgegeben werden
 - c) bei einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlage, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festsetzung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung gilt jedoch nur mit der Maßgabe, dass die unter Ausnutzung dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten dürfen, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Begrenzung sind diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung im Rahmen der Ermächtigung zum Rückkauf eigener Aktien und deren Verwendung unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden.In der Hauptversammlung vom 14. Juli 2010 wurde der Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 13. Juli 2015 eigene Anteile bis zu 10 % des Grundkapitals von 7.987.200 EUR zu erwerben.
- 8) Es gibt bei der Gesellschaft keine wesentliche Vereinbarung, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots steht.
- 9) Die Gesellschaft hat mit dem Vorstand oder Arbeitnehmern keine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots getroffen.



G. Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

Effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat, Achtung der Aktionärsinteressen sowie Offenheit und Transparenz der Unternehmenskommunikation sind wesentliche Aspekte guter Corporate Governance.

Über die Corporate Governance der Eifelhöhen-Klinik AG berichten Vorstand und Aufsichtsrat gemäß Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 13.05.2013 sowie gemäß § 289a HGB über die Unternehmensführung der Eifelhöhen-Klinik AG.

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre nehmen ihre Rechte in der jährlichen Hauptversammlung wahr. Jeder Aktionär ist berechtigt, an der Hauptversammlung teilzunehmen. Die Hauptversammlung entscheidet über alle ihr durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Aktionäre, die nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen möchten, können ihr Stimmrecht auch durch Bevollmächtigte ausüben lassen. Hierfür stehen von der Eifelhöhen-Klinik AG benannte Stimmrechtsvertreter sowie Kreditinstitute und Aktionärsvereinigungen zur Verfügung. Alle relevanten Berichte und Unterlagen stellt die Eifelhöhen-Klinik AG in ihrem Internetauftritt unter www.eifelhoehen-klinik.ag bereit. Auf Wunsch werden die Unterlagen auch zugesandt.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Als deutsche Aktiengesellschaft unterliegt die Eifelhöhen-Klinik AG dem deutschen Aktienrecht und verfügt somit über ein duales Führungs- und Kontrollsystem. Der Vorstand übernimmt die Unternehmensleitung, dem Aufsichtsrat obliegt die Überwachungs- und Beratungsfunktion.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohl der Gesellschaft eng zusammen.

Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung legt die Satzung der Eifelhöhen-Klinik AG Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats fest.

Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements. Der Aufsichtsrat prüft hierbei insbesondere die Sorgfalt der Entscheidungsfindung des Vorstands.

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmerischen Richtlinien zu sorgen. Er ist für ein angemessenes Risikomanagement und -controlling im Unternehmen verantwortlich.

Der Vorstand der Eifelhöhen-Klinik AG besteht aus einem Vorstandsmitglied. Bedingt durch die Größe und die Organisationsstruktur der Gesellschaft sieht der Aufsichtsrat derzeit ein Vorstandsmitglied als ausreichend an.

Aufsichtsrat

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand regelmäßig Kontakt, um mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens zu beraten. Für seine Arbeit hat sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung gegeben. Er bestellt und entlässt die Mitglieder des Vorstands.



Der Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG besteht aus drei Mitgliedern. Er setzt sich aus zwei Vertretern der Anteilseigner und einem Arbeitnehmervertreter zusammen. Ein Mitglied ist als unabhängig einstuftbar. Die Wahlperiode aller Mitglieder des Aufsichtsrats beträgt 3 Jahre. Die Wahl der Anteilseignervertreter erfolgt in Form der Einzelwahl.

Altersbegrenzungen für den Aufsichtsrat bestehen zurzeit nicht.

Aufgrund der Größe der Gesellschaft und der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung ist eine zusätzliche Bildung von Ausschüssen nicht möglich.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Hauptversammlung festgelegt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste Vergütung.

D&O-Versicherung

Die Eifelhöhen-Klinik AG hat für alle Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) ohne Selbstbehalt abgeschlossen.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Eifelhöhen-Klinik AG entspricht den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Vergütungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat individualisiert offen zu legen. Die Grundzüge der Vergütungssysteme und die Vergütungen sind im Vergütungsbericht, der Teil des Lageberichts ist, dargestellt.

Risikomanagement

Der verantwortungsvolle Umgang mit geschäftlichen Risiken gehört zu den Grundsätzen guter Corporate Governance. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig über bestehende Risiken und deren Entwicklung. Einzelheiten zum Risikomanagement im Eifelhöhen-Klinik-Konzern sind im Risikobericht dargestellt. Das Risikomanagementsystem wird im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft.

Transparenz und Kommunikation

Über das Internet können sich alle Interessenten, Aktionäre, Finanzanalysten oder vergleichbare Adressaten zeitnah über aktuelle Entwicklungen im Konzern informieren. Sämtliche Meldungen werden auf der Internetseite der Gesellschaft publiziert.

Die geplanten Termine der wesentlich wiederkehrenden Ereignisse und Veröffentlichungen sind in einem Finanzkalender zusammengestellt, der mit ausreichendem Zeitvorlauf auf der Internetseite der Eifelhöhen-Klinik AG veröffentlicht wird.

Nach § 15a WpHG müssen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Eifelhöhen-Klinik AG sowie bestimmte Mitarbeiter mit Führungsaufgaben und die mit ihnen in enger Beziehung stehenden Personen den Erwerb und die Veräußerung von Eifelhöhen-Klinik-Aktien offenlegen. Bis zum 31.12.2013 sind der Eifelhöhen-Klinik AG keine Meldungen zugegangen.

Der Vorstand hält indirekt 2,85 % der Aktien der Gesellschaft, auf den Aufsichtsrat entfallen direkt 0,06 % und indirekt 1,04 %.

Rechnungslegung und Abschluss

Der Konzernabschluss der Eifelhöhen-Klinik AG wurde auf der Grundlage des § 315a HGB in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Accounting Standards Board (IASB), wie von der Europäischen Union (EU) übernommen, aufgestellt.

Während des Geschäftsjahres werden Anteilseigner und Dritte zusätzlich durch den Halbjahresfinanzbericht sowie im ersten und



zweiten Halbjahr durch Zwischenmitteilungen unterrichtet.

Es bestehen keine Aktienoptionsprogramme oder ähnlich wertpapierorientierte Anreizsysteme.

Eine Aufstellung des Anteilsbesitzes erfolgt im Konzernabschluss.

Für das Geschäftsjahr 2013 hat der Aufsichtsrat die Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung Kurt Heller GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Köln, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer bestellt.

Mit dem Abschlussprüfer hat die Eifelhöhen-Klinik AG die nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex erforderlichen Vereinbarungen zur Durchführung der Abschlussprüfung getroffen.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 10.12.2013 eine aktualisierte Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG abgegeben. Die Erklärung wurde der Öffentlichkeit auf der Internetseite der Eifelhöhen-Klinik AG dauerhaft zugänglich gemacht:

Entsprechenserklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 13.05.2013

Vorstand und Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG erklären in der Fassung vom 10.12.2013, dass sie die Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 AktG angewendet haben.

Nicht angewendet wurden und werden die folgenden Empfehlungen:

1. D&O-Versicherung – Selbstbehalt (Ziffer 3.8)

„In einer D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat soll ein entsprechender Selbstbehalt vereinbart werden.“

Im Kodex in der Fassung 2013 wird die Vereinbarung eines Selbstbehalts für die D&O-Versicherung von Aufsichtsratsmitgliedern empfohlen, während der Selbstbehalt bei Abschluss einer D&O-Versicherung für Vorstandsmitglieder gesetzlich vorgeschrieben ist.

Die Vereinbarung eines Selbstbehalts ist nach Auffassung der Gesellschaft nicht geeignet, die Motivation und Verantwortung zu verbessern, mit denen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats die ihnen übertragenen Aufgaben und Funktionen wahrnehmen. Die bestehende D&O-Versicherung für die Mitglieder des Aufsichtsrats sieht daher in Abweichung von Ziffer 3.8 des Kodex keinen Selbstbehalt vor. Die Gesellschaft wird aus vorgenannten Gründen auch künftig keinen Selbstbehalt für die D&O-Versicherung von Aufsichtsräten vereinbaren.

2. Zusammensetzung des Vorstands (Ziffer 4.2.1)

„Der Vorstand soll aus mehreren Personen bestehen und einen Vorsitzenden oder Sprecher haben.“

Bedingt durch die Größe und Organisationsstruktur der Gesellschaft sieht der Aufsichtsrat derzeit ein Vorstandsmitglied als ausreichend an.



3. Vergütung des Vorstands (Ziffer 4.2.3)

„Die Vergütung soll insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen.“

Der derzeitige rechtsverbindliche Vorstandsvertrag sieht eine variable Vergütung ohne Begrenzung vor. Der Aufsichtsrat wird bei Verlängerung dieses Vertrages bzw. bei Abschluss eines neuen Vertrages eine entsprechende Höchstgrenze vereinbaren.

4. Bildung von Ausschüssen im Aufsichtsrat (Ziffer 5.3)

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse sowie einen Prüfungs- und einen Nominierungsausschuss bilden soll.

Aufgrund der Größe der Gesellschaft und der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist eine zusätzliche Bildung von Ausschüssen nicht möglich.

5. Ziele für die Zusammensetzung sowie eine Altersgrenze für den Aufsichtsrat (Ziffer 5.4.1)

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Aufsichtsrat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele benennt und für Aufsichtsratsmitglieder eine Altersgrenze festlegt.

Aufgrund der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder, davon eine Arbeitnehmervertreterin) ist zurzeit eine konkrete Zielsetzung für die Zusammensetzung nicht erforderlich.

Ein Höchstalter für die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat ist nicht vorgesehen. Der kompetente Rat unserer erfahrenen Aufsichtsräte soll auch zukünftig, unabhängig von ihrem Alter, die Entwicklung der Gesellschaft positiv beeinflussen. Eine Altersbegrenzung wird derzeit unter Berücksichtigung des Diskriminierungsverbotes als nicht opportun angesehen.

6. Ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder im Aufsichtsrat (Ziffer 5.4.2)

„Dem Aufsichtsrat soll eine nach seiner Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehören. Ein Aufsichtsratsmitglied ist im Sinn dieser Empfehlung insbesondere dann nicht als unabhängig anzusehen, wenn es in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zu der Gesellschaft, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann.“

Aufgrund der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist nur ein Mitglied als unabhängig einstuftbar.

7. Kandidatenvorschläge für den Aufsichtsratsvorsitz (Ziffer 5.4.3)

„Kandidatenvorschläge für den Aufsichtsratsvorsitz sollen den Aktionären bekannt gegeben werden.“

Aufgrund der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist eine Bekanntgabe nicht notwendig.



8. Veröffentlichung des Jahresabschlusses (Ziffer 7.1.2)

„Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die Zwischenberichte sollen binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums öffentlich zugänglich sein.“

Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses für die Gesellschaft und den Konzern erfolgt innerhalb von vier Monaten nach Ende des Geschäftsjahres. Der Halbjahresfinanzbericht wird spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums veröffentlicht. Die Eifelhöhen-Klinik AG folgt damit den gesetzlichen Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes.

Bonn, 10.12.2013
Eifelhöhen-Klinik AG

Der Vorstand

Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Der Aufsichtsrat

Dipl.-Oec. Karsten Leue (Vors.) / Birgit Wöstemeyer / Dipl.-Oec., Ing. Sigurd Roch

KONZERNABSCHLUSS 2013

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	28
Konzernbilanz	29
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	30
Konzern-Kapitalflussrechnung	31
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	32
Konzernanhang	33
I. Allgemeine Angaben	33
II. Konsolidierungskreis	33
III. Konsolidierungsgrundsätze	33
IV. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	35
V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	45
1. Umsatzerlöse	45
2. Sonstige betriebliche Erträge	45
3. Materialaufwand	45
4. Personalaufwand	45
5. Abschreibungen	46
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	46
7. Finanzerträge und -aufwendungen	46
8. Ertragsteuern	46
9. Anteile ohne beherrschenden Einfluss	48
10. Ergebnis je Aktie	48
VI. Erläuterungen zur Bilanz	49
11. Immaterielle Vermögenswerte	49
12. Sachanlagen	50
13. Ausstellung des Anteilsbesitzes	51
14. Finanzielle Vermögenswerte	52
15. Sonstige Vermögenswerte	52
16. Latente Steueransprüche/Latente Steuerverbindlichkeiten	53
17. Vorratsvermögen	53
18. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	54
19. Laufende Ertragsteueransprüche	54
20. Zahlungsmittel und Zahlungäquivalente	54
21. Gezeichnetes Kapital und eigene Anteile	55
22. Ausgeschüttete und vorgeschlagene Dividenden	55
23. Rücklagen	55
24. Anteile ohne beherrschenden Einfluss	56
25. Rückstellungen (langfristig)	56
26. Finanzverbindlichkeiten	59
27. Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	59
28. Abgegrenzte Zuwendungen der öffentlichen Hand	60
29. Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten	60
30. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	60
31. Kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten	61
VII. Sonstige Erläuterungen und Angaben	61
32. Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	61
33. Segmentberichterstattung	62
34. Haftungsverhältnisse	62
35. Sonstige finanzielle Verpflichtungen	63
36. Kapitalmanagement	63
37. Management der finanzwirtschaftlichen Risiken	63
38. Zusätzliche Angaben zu Finanzinstrumenten in der Bilanz	64
39. Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	67
40. Vorstand und Aufsichtsrat	67
41. Beschäftigte	68
42. Honorar für den Abschlussprüfer	68
43. Erklärung zum Corporate Governance Kodex	68
44. Angaben nach WpHG	69
45. Befreiungswahlrechte nach § 264 Abs. 3 HGB	69
46. Ereignisse nach der Berichtsperiode	70
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	71
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	72

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Anhang- angaben	EUR	2013 EUR	2012 EUR
1. Umsatzerlöse	(1)		39.329.244,86	38.979.934,37
2. Sonstige betriebliche Erträge	(2)		3.324.871,12	2.648.737,87
3. Materialaufwand	(3)			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren		2.361.687,43		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		4.015.383,23	6.377.070,66	6.085.361,81
4. Personalaufwand	(4)			
a) Löhne und Gehälter		20.473.756,42		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		3.851.095,03	24.324.851,45	23.165.121,84
5. Abschreibungen	(5)			
- auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			2.058.932,08	1.739.102,92
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)		8.762.333,25	8.921.837,12
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Finanzerträge	(7)		55.520,41	63.158,39
8. Zinsen und ähnliche Finanzaufwendungen	(7)		1.185.739,24	835.807,76
9. Ergebnis vor Steuern			709,71	944.599,18
10. Ertragsteuern	(8)		201.658,29	371.649,86
11. Konzernjahresfehlbetrag /-überschuss			-200.948,58	572.949,32
12. Auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	(9)		44.560,55	85.730,84
13. Konzernverlust/-gewinn			-156.388,03	658.680,16
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			716.457,28	832.268,82
15. Ausschüttung			-151.342,10	-461.459,40
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			0,00	-313.032,30
17. Entnahme aus Gewinnrücklagen			378.038,47	0,00
18. Konzernbilanzgewinn			786.765,62	716.457,28
Ergebnis je Aktie	(10)			
unverwässert			-0,05	0,21
verwässert			-0,05	0,21

KONZERNBILANZ

zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	Anhang- angaben	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Langfristige Vermögenswerte			
1. Immaterielle Vermögenswerte	(11)	131.367,00	90.491,00
2. Sachanlagen	(12)	39.807.740,98	33.149.185,46
3. Finanzielle Vermögenswerte	(14)	502,00	502,00
4. Latente Steueransprüche	(16)	39.814,20	42.089,66
Summe langfristige Vermögenswerte		39.979.424,18	33.282.268,12
B. Kurzfristige Vermögenswerte			
1. Vorratsvermögen	(17)	271.313,36	240.448,61
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(18)	5.648.316,71	4.810.300,91
3. Laufende Ertragsteueransprüche	(19)	61.956,16	90.240,76
4. Zahlungsmittel und Zahlungäquivalente	(20)	1.256.906,76	3.200.194,61
5. Sonstige Vermögenswerte	(15)	452.593,42	1.251.432,84
Summe kurzfristige Vermögenswerte		7.691.086,41	9.592.617,73

BILANZSUMME 47.670.510,59 42.874.885,85

Passivseite

	Anhang- angaben	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
1. Gezeichnetes Kapital	(21)	7.987.200,00	7.987.200,00
2. Rücklagen			
a) Kapitalrücklage	(23)	3.239.765,40	3.239.765,40
b) Gesetzliche Rücklage	(23)	100.782,79	100.782,79
c) Andere Gewinnrücklagen	(23)	5.018.296,05	5.356.555,52
d) Rücklage für Cashflow-Hedges	(23)	-161.200,00	-179.600,00
3. Konzernbilanzgewinn	(22)	786.765,62	7.16.457,28
4. Eigene Anteile	(21)	-272.393,46	-272.393,46
5. Anteile ohne beherrschenden Einfluss	(24)	280.981,76	325.542,31
Summe Eigenkapital		16.980.198,16	17.274.309,84
B. Langfristige Schulden			
1. Rückstellungen	(25)	8.478.165,00	8.478.572,00
2. Finanzverbindlichkeiten	(26)	11.175.737,41	8.893.302,33
3. Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	(27)	191.500,00	213.400,00
4. Abgrenzte Zuwendungen der öffentlichen Hand	(28)	175.822,00	181.701,00
5. Latente Steuerverbindlichkeiten	(16)	208.314,20	304.570,97
Summe langfristige Schulden		20.229.538,61	18.061.546,30
C. Kurzfristige Schulden			
1. Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten	(29)	142.481,50	179.933,00
2. Finanzverbindlichkeiten	(26)	6.457.010,99	4.158.185,53
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	(30)	1.768.092,65	1.256.404,89
4. Sonstige Verbindlichkeiten	(31)	2.093.188,68	1.944.506,29
Summe kurzfristige Schulden		10.460.773,82	7.539.029,71

BILANZSUMME 47.670.510,59 42.874.885,85

KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Anhang- angaben	2013 EUR	2012 EUR
Konzernjahresfehlbetrag /-überschuss		-200.948,58	572.949,32
davon entfallend auf			
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	(24)	-44.560,55	-85.730,84
Aktionäre der Eifelhöhen-Klinik AG		-156.388,03	658.680,16
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste			
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste vor Steuern		48.179,00	-1.200.310,00
Latente Steuern		-8.400,00	231.000,00
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nach Steuern		39.779,00	-969.310,00
Nicht reklassifizierbare Gewinne und Verluste nach Steuern		39.779,00	-969.310,00
Cashflow Hedges			
Marktwertänderung Finanzderivate	(27)	21.900,00	96.100,00
Latente Steuern Finanzderivate	(27)	-3.500,00	-15.200,00
Veränderung des im Eigenkapital erfassten Betrags (Cashflow-Hedges)		18.400,00	80.900,00
Reklassifizierbare Gewinne und Verluste nach Steuern		18.400,00	80.900,00
Sonstiges Ergebnis vor Steuern		70.079,00	-1.104.210,00
Latente Steuern auf das Sonstige Ergebnis		-11.900,00	215.800,00
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		58.179,00	-888.410,00
Summe der im Eigenkapital erfassten Wertänderungen		58.179,00	-888.410,00
davon entfallend auf			
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		0,00	0,00
Aktionäre der Eifelhöhen-Klinik AG		58.179,00	-888.410,00
Gesamtergebnis aus Konzernjahresfehlbetrag /-überschuss und im Eigenkapital erfasster Wertänderungen der Periode		-142.769,58	-315.460,68
davon entfallend auf			
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		-44.560,55	-85.730,84
Aktionäre der Eifelhöhen-Klinik AG		-98.209,03	-229.729,84

KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Anhang- angaben	2013 TEUR	2012 TEUR
Konzernergebnis vor Anteilen Dritter		-201	+573
+ Abschreibungen Sachanlagen	(12)	+2.017	+1.705
+ Abschreibungen und Wertminderungen immaterielle Vermögensgegenstände	(11)	+41	+34
+ Ergebnis aus dem Abgang von Anlagegegenständen		+2	+3
+/- Veränderung der Vorräte	(17)	-31	+6
- Veränderung der Forderungen	(15) (16) (18) (19)	-9	-525
+/- Veränderung der Verbindlichkeiten	(28) (29) (30) (31) (16)	+522	+140
- Veränderung der Rückstellungen	(23) (25) (27)	-257	-20
- Finanzerträge	(7)	-56	-63
+ Finanzaufwendungen	(7)	+1.186	+836
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		+3.214	+2.689
+ Erhaltene Zinsen	(7)	+56	+63
- Gezahlte Zinsen	(7)	-893	-501
= Netto-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (I.)		+2.377	+2.251
+ Einzahlungen aus dem Verkauf von Sachanlagen		+9	+5
- Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	(11)	-82	-38
- Investitionen in Sachanlagen	(12)	-8.687	-4.993
= Cashflow aus Investitionstätigkeit (II.)		-8.760	-5.026
- Auszahlung an Unternehmenseigner	(22)	-151	-461
+ Veränderung der Finanzschulden	(26)	+1.702	+2.666
- Erwerb eigene Anteile	(21)	0	-203
= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (III.)		+1.551	+2.002
Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe I. + II. + III.)		-4.832	-773
Finanzmittelfonds am Beginn der Periode		+1.096	+1.869
Finanzmittelfonds am Ende der Periode		-3.736	+1.096

Die Zusammensetzung des Finanzmittelfonds und dessen Veränderung ergeben sich aus nachfolgender Übersicht:

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR	Veränderung TEUR
Liquide Mittel (Angabe 20)	1.257	3.200	-1.943
Kontokorrentkredite bei Banken (Angabe 26)	-4.993	-2.104	-2.889
Finanzmittelfonds	-3.736	1.096	-4.832

KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklagen		Gesetzliche Rücklagen		Andere Konzerngewinnrücklagen		Rücklage für Cashflow-Hedges		Konzernbilanzgewinn		Eigene Anteile		Anteile der Aktionäre der EHK AG		Anteile ohne beherrschenden Einfluss		Konzern-eigenkapital Gesamt		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2012	7.987.200,00	3.239.765,40	100.782,79	6.424.101,22	411.268,00	-260.500,00	832.268,82	-69.500,00	17.842.850,23	411.273,15	18.254.123,38										
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.200.310,00	96.100,00	0,00	0,00	-1.104.210,00	0,00	-1.104.210,00										
Direkt mit dem Eigenkapital verrechnete latente Steuerposition	0,00	0,00	0,00	0,00	231.000,00	-15.200,00	0,00	0,00	215.800,00	0,00	215.800,00										
Summe des direkt im Eigenkapital erfassten Ergebnisses (sonstiges Ergebnis)	0,00	0,00	0,00	0,00	-969.310,00	80.900,00	0,00	0,00	-888.410,00	0,00	-888.410,00										
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	658.680,16	0,00	658.680,16	-85.730,84	572.949,32										
Gesamtergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	-969.310,00	80.900,00	658.680,16	0,00	-229.729,84	-85.730,84	-315.460,68										
Erwerb eigene Anteile	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-202.893,46	-202.893,46	0,00	-202.893,46										
Dividendenzahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-461.459,40	0,00	-461.459,40	0,00	-461.459,40										
Einstellung in Rücklagen durch HV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00										
Einstellung in Rücklagen aus Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	100.782,79	313.032,30	0,00	0,00	-313.032,30	0,00	16.948.767,53	0,00	16.948.767,53										
Stand 31.12.2012	7.987.200,00	3.239.765,40	100.782,79	6.737.133,52	-1.380.578,00	-179.600,00	716.457,28	-272.393,46	16.948.767,53	325.542,31	17.274.309,84										
Stand 01.01.2013	7.987.200,00	3.239.765,40	100.782,79	6.737.133,52	-1.380.578,00	-179.600,00	716.457,28	-272.393,46	16.948.767,53	325.542,31	17.274.309,84										
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	48.179,00	21.900,00	0,00	0,00	70.079,00	0,00	70.079,00										
Direkt mit dem Eigenkapital verrechnete latente Steuerposition	0,00	0,00	0,00	0,00	-8.400,00	-3.500,00	0,00	0,00	-11.900,00	0,00	-11.900,00										
Summe des direkt im Eigenkapital erfassten Ergebnisses (sonstiges Ergebnis)	0,00	0,00	0,00	0,00	39.779,00	18.400,00	0,00	0,00	58.179,00	0,00	58.179,00										
Konzernjahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-156.388,03	0,00	-156.388,03	-44.560,55	-200.948,58										
Gesamtergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	39.779,00	18.400,00	-156.388,03	0,00	-98.209,03	-44.560,55	-142.769,58										
Erwerb eigene Anteile	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00										
Dividendenzahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-151.342,10	0,00	-151.342,10	0,00	-151.342,10										
Einstellung in Rücklagen durch HV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00										
Entnahme aus Rücklagen	0,00	0,00	0,00	-378.038,47	0,00	0,00	378.038,47	0,00	16.699.216,40	0,00	16.699.216,40										
Stand 31.12.2013	7.987.200,00	3.239.765,40	100.782,79	6.359.095,05	-1.340.799,00	-161.200,00	786.765,62	-272.393,46	16.699.216,40	280.991,76	16.980.198,16										

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2013

I. Allgemeine Angaben

Die Geschäftstätigkeit der Eifelhöhen-Klinik AG (EHK AG) mit Sitz in Bonn besteht in der Errichtung, dem Betrieb und der Beratung von Krankenhäusern, Kur-, Diagnostik- und Therapieeinrichtungen jeder Art sowie von verbundenen Einrichtungen, der Beteiligung an den genannten Einrichtungen, der Verwaltung von Grundbesitz und der Herstellung von Medizinprodukten und Arzneimitteln sowie der Beteiligung an Unternehmen, die dies betreiben.

Der Konzernabschluss der börsennotierten Eifelhöhen-Klinik AG zum 31. Dezember 2013 wurde auf der Grundlage des § 315a HGB in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Accounting Standards Board (IASB), wie von der Europäischen Union (EU) übernommen, aufgestellt.

Der Konzernabschluss wurde mit Ausnahme der Neubewertung von Finanzinstrumenten auf Grundlage der historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten aufgestellt. Diese basieren im Allgemeinen auf dem beizulegenden Zeitwert der im Austausch für den Vermögenswert entrichteten Gegenleistung.

Für die Bilanzierung, Bewertung und den Ausweis im Konzernabschluss 2013 haben wir hierzu die am Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) vollständig und uneingeschränkt angewendet. Gemäß § 315a Abs. 1 HGB wurden die ergänzenden Anhangangaben nach §§ 313, 314 HGB gemacht.

II. Konsolidierungskreis

Konzernobergesellschaft ist die Eifelhöhen-Klinik AG mit Sitz in Bonn, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichtes Bonn unter HRB Nr. 8060.

Neben der Eifelhöhen-Klinik AG sind die Tochterunternehmen Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH, GlobalMed GmbH, Kaiser-Karl-Klinik GmbH, GlobalMANAGEMENT GmbH, Gesundheitspark Hardterwald Immobilien GmbH, Herzpark Mönchengladbach GmbH, Herzzentrum Rheinland gemeinnützige GmbH sowie AataKlinik Wünnenberg GmbH mit drei Tochtergesellschaften im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss unverändert zum Vorjahr einbezogen. Bei den voll einbezogenen Unternehmen sind die Tatbestände erfüllt, dass die Muttergesellschaft unmittelbar oder mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte verfügt.

Angaben zum Anteilsbesitz sind im Anhang (Angabe 13) aufgeführt.

III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Eifelhöhen-Klinik AG stellt ihren Konzernabschluss in Euro (EUR) auf. Sofern nichts anderes angegeben ist, werden sämtliche Werte entsprechend kaufmännischer Rundung auf Tausend (TEUR) auf- oder abgerundet.

Die Konsolidierung eines Tochterunternehmens beginnt an dem Tag, an dem der Konzern die Beherrschung über das Tochter-

unternehmen erlangt. Sie endet, wenn der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen verliert. Eine Beherrschung liegt vor, wenn der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf schwankende Renditen aus seinem Engagement bei dem Beteiligungsunternehmen hat und er seine Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen auch dazu einsetzen kann, diese Renditen zu beeinflussen. Insbesondere beherrscht der Konzern ein Beteiligungsunternehmen dann, und nur dann, wenn er alle nachfolgenden Eigenschaften besitzt:

- die Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen (d. h. der Konzern hat aufgrund aktuell bestehender Rechte die Möglichkeit, diejenigen Aktivitäten des Beteiligungsunternehmens zu steuern, die einen wesentlichen Einfluss auf dessen Rendite haben)
- eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf schwankende Renditen aus seinem Engagement in dem Beteiligungsunternehmen
- die Fähigkeit, seine Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen dergestalt zu nutzen, dass dadurch die Rendite des Beteiligungsunternehmens beeinflusst wird

Besitzt der Konzern keine Mehrheit der Stimmrechte oder damit vergleichbarer Rechte an einem Beteiligungsunternehmen, berücksichtigt er bei der Beurteilung, ob er die Verfügungsgewalt an diesem Beteiligungsunternehmen hat, alle relevanten Sachverhalte und Umstände. Hierzu zählen u. a.

- eine vertragliche Vereinbarung mit den anderen Stimmberechtigten
- Rechte, die aus anderen vertraglichen Vereinbarungen resultieren
- Stimmrechte und potenzielle Stimmrechte des Konzerns

Ergeben sich aus Sachverhalten und Umständen Hinweise, dass sich eines oder mehrere der drei Beherrschungselemente verändert haben, muss der Konzern erneut prüfen, ob er ein Beteiligungsunternehmen beherrscht. Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen eines Tochterunternehmens, das während des Berichtszeitraums erworben oder veräußert wurde, werden ab dem Tag, an dem der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen erlangt, bis zu dem Tag, an dem die Beherrschung endet, in der Bilanz bzw. der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

Der Gewinn oder Verlust und jeder Bestandteil des sonstigen Ergebnisses werden Inhabern von Anteilen des Mutterunternehmens und den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zugerechnet, selbst wenn dies zu einem negativen Saldo der Anteile ohne beherrschenden Einfluss führt. Bei Bedarf werden Anpassungen an den Abschlüssen von Tochterunternehmen vorgenommen, um deren Rechnungslegungsmethoden an die des Konzerns anzugleichen. Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden zum gleichen Bilanzstichtag aufgestellt wie der Abschluss des Mutterunternehmens. Alle konzerninternen Vermögenswerte und Schulden, Eigenkapital, Erträge und Aufwendungen, unrealisierte Gewinne und Verluste aus konzerninternen Transaktionen, Dividenden sowie Zahlungsströme aus Geschäftsvorfällen die zwischen Konzernunternehmen stattfinden, werden bei der Konsolidierung vollständig eliminiert. Sofern sich durch Wertansätze nach IFRS oder aus Konsolidierungsmethoden temporäre Differenzen zwischen IFRS-Konzern-Wert und dem Wertansatz in der Steuerbilanz ergeben, werden latente Steuern entsprechend der „Liability-Methode“ aktiviert oder passiviert.

Eine Veränderung der Beteiligungshöhe an einem Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung wird als Eigenkapitaltransaktion bilanziert. Verliert das Mutterunternehmen die Beherrschung über ein Tochterunternehmen, so werden folgende Schritte durchgeführt:

- Ausbuchung der Vermögenswerte (einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert) und der Schulden des Tochterunternehmens
- Ausbuchung des Buchwerts der Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen
- Ausbuchung der im Eigenkapital erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen
- Erfassung des beizulegenden Zeitwerts der erhaltenen Gegenleistung
- Erfassung des beizulegenden Zeitwerts der verbleibenden Beteiligung
- Erfassung der Ergebnisüberschüsse bzw. -fehlbeträge in der Gewinn- und Verlustrechnung
- Umgliederung der auf das Mutterunternehmen entfallenden Bestandteile des sonstigen Ergebnisses in die Gewinn- und Verlustrechnung oder in die Gewinnrücklagen, wie es erforderlich wäre, wenn der Konzern die entsprechenden Vermögenswerte oder Schulden direkt veräußert hätte

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss sind in der Konzernbilanz innerhalb des Eigenkapitals getrennt vom Eigenkapital des Mutterunternehmens ausgewiesen. Anteile ohne beherrschenden Einfluss am Konzernergebnis werden gesondert angegeben.

IV. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen grundsätzlich den im Vorjahr angewandten Methoden. Seit dem 1. Januar 2013 sind die nachfolgend aufgelisteten neuen und überarbeiteten Standards und Interpretationen verbindlich anzuwenden:

Standard/Interpretation	Bezeichnung
Änderungen IAS 1	Darstellung von Bestandteilen des sonstigen Ergebnisses
Änderungen IFRS 1	Darlehen der öffentlichen Hand
Änderungen IFRS 7	Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten
IFRS 10	Konzernabschlüsse, IAS 27 Einzelabschlüsse
IFRS 11	Gemeinsame Vereinbarungen, IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen
IFRS 12	Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen
IFRS 13	Bemessung des beizulegenden Zeitwerts
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer (überarbeitet 2011)
IFRIC 20	Abraumkosten in der Produktionsphase eines Tagebergwerks
Verbesserungen zu IFRS (Mai 2012)	IFRS 1 – Erneute Anwendung von IFRS 1; IFRS 1 – Fremdkapitalkosten; IAS 1 – Klarstellung der Anforderungen an Vergleichsinformationen; IAS 16 – Klassifizierung von Wartungsgeräten; IAS 32 – Steuerliche Auswirkungen bei Ausschüttungen an Eigenkapitalgeber; IAS 34 – Segmentangaben für das Gesamtvermögen in der Zwischenberichterstattung

Im Rahmen der Überarbeitung des IAS 1 wurde die Darstellung der Gesamtergebnisrechnung geändert. Die Posten des sonstigen Ergebnisses sind nun danach zu differenzieren, ob es zu einem späteren Zeitpunkt unter bestimmten Bedingungen zu einer Umgliederung in die Gewinn- und Verlust-Rechnung kommen kann (reklassifizierbar) oder ob eine solche Umgliederung ausgeschlossen ist (nicht reklassifizierbar). Diesen beiden Gruppen sind auch die entsprechenden Steuereffekte zuzuordnen. Die Gesamtergebnisrechnung der Eifelhöhen-Klinik-Gruppe wurde entsprechend angepasst. In der Eigenkapitalveränderungsrechnung waren keine Anpassungen notwendig, da die anderen Gewinnrücklagen bereits aus den angesammelten Gewinnen und den versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten aus Pensionsverpflichtungen zusammengesetzt waren.

Die Änderungen des IAS 19 führten zu keiner Anpassung der Bilanzierung der Leistungen an Arbeitnehmer.

Aufgrund der geänderten Definitionen dürfen die Aufstockungsbeträge in Altersteilzeitprogrammen zukünftig nicht mehr als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses klassifiziert werden und müssen daher über den Zeitraum der Erdienung angesammelt werden. Die Altersteilzeitverpflichtungen beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 67 TEUR (Vorjahr: 130 TEUR). Der überwiegende Teil der Mitarbeiter befindet sich bereits in der Freistellungsphase, so dass diese Änderung keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung hat.

Mit dem neuen IFRS 13 werden erstmals generelle Vorschriften zum beizulegenden Wert einheitlich in einem Standard geregelt. Im Konzernabschluss der Eifelhöhen-Klinik-Gruppe ergeben sich daraus jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Mit IFRS 13 sind weitere Anhangsangaben verbunden.

Aus den sonstigen im aktuellen Geschäftsjahr erstmals anzuwendenden Rechnungslegungsnormen ergeben sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ebenfalls keine wesentlichen Auswirkungen.

Im Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2013 wurden folgende, vom IASB bereits verabschiedete, neue bzw. geänderte Rechnungslegungsnormen nicht berücksichtigt, weil eine Verpflichtung zur Anwendung noch nicht gegeben war:

Standard/Interpretation		Anwendungspflicht ¹⁾	Voraussichtliche Auswirkung
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer: Leistungsorientierte Pläne - Beitragszahlungen von Arbeitnehmern	01.01.2015	keine wesentlichen Auswirkungen
Änderungen IAS 27	Einzelabschlüsse	01.01.2014	keine
Änderungen IAS 32	Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden	01.01.2014	keine wesentlichen Auswirkungen
IAS 39	Novation von Derivaten und Fortführung des Hedge Accounting	01.01.2014	keine
Änderungen IFRS 7 und IFRS 9	Zeitlicher Anwendungsbereich und Übergangsbedingungen	01.01.2015	keine wesentlichen Auswirkungen
IFRS 9	Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung	01.01.2015	veränderte Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten
Änderungen IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27	Investmentgesellschaften	01.01.2014	keine
IFRS 14	Regulatorische Abgrenzungen	01.01.2016	keine
IFRIC 21	Bilanzierung von Abgaben an Regierungsorganisationen	01.01.2014	keine
Verbesserungen zu IFRS 2012	Geringfügige Änderungen zu einer Vielzahl an IFRS (IFRS 2, IFRS 3, IFRS 8, IFRS 13, IAS 16/38, IAS 24)	01.07.2014	keine wesentlichen Auswirkungen
Verbesserungen zu IFRS 2013	Geringfügige Änderungen zu einer Vielzahl an IFRS (IFRS 1, IFRS 3, IFRS 13, IAS 40)	01.01.2015	keine wesentlichen Auswirkungen

¹⁾ Zeitpunkt des Inkrafttretens gemäß den Angaben in der jeweiligen Verlautbarung des IASB/IFRIC. Sofern nichts anderes angegeben ist, sind die Verlautbarungen erstmals in der Berichtsperiode anzuwenden, die am oder nach dem oben angegebenen Zeitpunkt beginnt.

Zur Verbesserung der Klarheit sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz einzelne Posten zusammengefasst, die im Anhang erläutert werden.

Klassifizierung in kurzfristig und langfristig

Der Konzern gliedert seine Vermögenswerte und Schulden in der Bilanz in kurz- und langfristige Vermögenswerte bzw. Schulden. Ein Vermögenswert ist als kurzfristig einzustufen, wenn

- die Realisierung des Vermögenswerts innerhalb des normalen Geschäftszyklus erwartet wird oder der Vermögenswert zum Verkauf oder Verbrauch innerhalb dieses Zeitraums gehalten wird
- der Vermögenswert primär für Handelszwecke gehalten wird
- die Realisierung des Vermögenswerts innerhalb von zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag erwartet wird oder
- es sich um Zahlungsmittel oder Zahlungsmitteläquivalente handelt, es sei denn, der Tausch oder die Nutzung des Vermögenswerts zur Erfüllung einer Verpflichtung sind für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag eingeschränkt.

Alle anderen Vermögenswerte werden als langfristig eingestuft.

Eine Schuld ist als kurzfristig einzustufen, wenn

- die Erfüllung der Schuld innerhalb des normalen Geschäftszyklus erwartet wird
- die Schuld primär für Handelszwecke gehalten wird
- die Erfüllung der Schuld innerhalb von zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag erwartet wird oder
- das Unternehmen kein uneingeschränktes Recht zur Verschiebung der Erfüllung der Schuld um mindestens zwölf Monate nach dem Abschlussstichtag hat.

Alle anderen Schulden werden als langfristig eingestuft.

Latente Steueransprüche und -schulden werden als langfristige Vermögenswerte bzw. Schulden eingestuft.

Bemessung des beizulegenden Zeitwerts

Der Konzern bewertet Finanzinstrumente, beispielsweise Derivate, und nicht-finanzielle Vermögenswerte zu jedem Abschlussstichtag mit dem beizulegenden Zeitwert. Die beizulegenden Zeitwerte von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumenten sind in Angabe 38 aufgeführt.

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde. Bei der Bemessung des beizulegenden Zeitwerts wird davon ausgegangen, dass der Geschäftsvorfall, in dessen Rahmen der Verkauf des Vermögenswerts oder die Übertragung der Schuld erfolgt, entweder auf dem

- Hauptmarkt für den Vermögenswert oder die Schuld oder
- vorteilhaftesten Markt für den Vermögenswert bzw. die Schuld, sofern kein Hauptmarkt vorhanden ist, stattfindet. Der Konzern muss Zugang zum Hauptmarkt oder zum vorteilhaftesten Markt haben.

Der beizulegende Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer Schuld bemisst sich anhand der Annahmen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung für den Vermögenswert bzw. die Schuld zugrunde legen würden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Marktteilnehmer in ihrem besten wirtschaftlichen Interesse handeln.

Bei der Bemessung des beizulegenden Zeitwerts eines nicht-finanziellen Vermögenswerts wird die Fähigkeit des Marktteilnehmers berücksichtigt, durch die höchste und beste Verwendung des Vermögenswerts oder durch dessen Verkauf an einen anderen Marktteilnehmer, der für den Vermögenswert die höchste und beste Verwendung findet, wirtschaftlichen Nutzen zu erzeugen.

Der Konzern wendet Bewertungstechniken an, die unter den jeweiligen Umständen sachgerecht sind und für die ausreichend Daten zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts zur Verfügung stehen. Dabei ist die Verwendung maßgeblicher, beobachtbarer Inputfaktoren möglichst hoch und jene nicht beobachtbarer Inputfaktoren möglichst gering zu halten.

Alle Vermögenswerte und Schulden, für die der beizulegende Zeitwert bestimmt oder im Abschluss ausgewiesen wird, werden in die nachfolgend beschriebene Fair-Value-Hierarchie eingeordnet, basierend auf dem Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist:

- Stufe 1 – In aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Schulden notierte (nicht berichtigte) Preise
- Stufe 2 – Bewertungsverfahren, bei denen der Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist, auf dem Markt direkt oder indirekt beobachtbar ist
- Stufe 3 – Bewertungsverfahren, bei denen der Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist, auf dem Markt nicht beobachtbar ist

Bei Vermögenswerten und Schulden, die auf wiederkehrender Basis im Abschluss erfasst werden, bestimmt der Konzern, ob Umgruppierungen zwischen den Stufen der Hierarchie stattgefunden haben, indem er am Ende jeder Berichtsperiode die Klassifizierung (basierend auf dem Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist) überprüft.

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte, die nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben werden, werden bei der erstmaligen Erfassung zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Die Anschaffungskosten von im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbenen immateriellen Vermögenswerten entsprechen ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Die immateriellen Vermögenswerte werden in den Folgeperioden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen, falls vorhanden, angesetzt. Entwicklungskosten werden mit Ausnahme ihres aktivierungsfähigen Anteils nicht aktiviert, sondern erfolgswirksam in der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Es wird zwischen immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter und solchen mit unbestimmter Nutzungsdauer differenziert.

Immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden über die wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben und auf eine mögliche Wertminderung überprüft, sofern Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der immaterielle Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Die Abschreibungsdauer und die Abschreibungsmethode werden bei immateriellen Vermögenswerten mit einer begrenzten Nutzungsdauer mindestens zum Ende jeder Berichtsperiode überprüft. Die aufgrund von Änderungen der erwarteten Nutzungsdauer oder des erwarteten Verbrauchs des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens des Ver-

mögenswerts erforderlichen Änderungen der Abschreibungsmethode oder der Abschreibungsdauer werden als Änderungen von Schätzungen behandelt. Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Abschreibungen ausgewiesen.

Die auf die immateriellen Vermögenswerte des Konzerns angewandten Bilanzierungsgrundsätze stellen sich zusammengefasst wie folgt dar:

	EDV-Software	Geschäfts- oder Firmenwert
Nutzungsdauer	Begrenzt	Unbestimmt
Angewandte Abschreibungsmethode	Lineare Abschreibung über die wirtschaftliche Nutzungsdauer, in der Regel über einen Zeitraum von 3 - 5 Jahren	Keine Abschreibung
Selbst erstellt oder erworben	Erworben	Erworben

Unternehmenszusammenschlüsse und Geschäfts- oder Firmenwert

Unternehmenszusammenschlüsse werden unter Anwendung der Erwerbsmethode bilanziert. Die Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbs bemessen sich als Summe der übertragenen Gegenleistung, bewertet mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt und der Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen. Bei jedem Unternehmenszusammenschluss bewertet der Erwerber die Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum entsprechenden Anteil des identifizierbaren Nettovermögens des erworbenen Unternehmens. Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses angefallene Kosten werden als Aufwand erfasst und als Verwaltungskosten ausgewiesen.

Erwirbt der Konzern ein Unternehmen, beurteilt er die geeignete Klassifizierung und Designation der finanziellen Vermögenswerte und übernommenen Schulden in Übereinstimmung mit den Vertragsbedingungen, wirtschaftlichen Gegebenheiten und zum Erwerbszeitpunkt vorherrschenden Bedingungen. Dies beinhaltet auch eine Trennung der in Basisverträgen eingebetteten Derivate. Bei sukzessiven Unternehmenszusammenschlüssen wird der vom Erwerber zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbszeitpunkt neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust erfolgswirksam erfasst.

Die vereinbarte bedingte Gegenleistung wird zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert erfasst. Nachträgliche Änderungen des beizulegenden Zeitwerts einer bedingten Gegenleistung, die einen Vermögenswert oder eine Schuld darstellt, werden in Übereinstimmung mit IAS 39 entweder in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im sonstigen Ergebnis erfasst. Eine bedingte Gegenleistung, die als Eigenkapital eingestuft ist, wird nicht neu bewertet und ihre spätere Abgeltung wird im Eigenkapital bilanziert.

Der Geschäfts- oder Firmenwert wird bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der übertragenen Gesamtgegenleistung und des Betrags des Anteils ohne beherrschenden Einfluss über die erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden des Konzerns bemessen. Liegt diese Gegenleistung unter dem beizulegenden Zeitwert des Reinvermögens des erworbenen Tochterunternehmens, wird der Unterschiedsbetrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Geschäfts- oder Firmenwert zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Zum Zweck des Wertminderungstests wird der im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene Geschäfts- oder Firmenwert ab dem Erwerbszeitpunkt den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns zugeordnet, die vom Unternehmenszusammenschluss erwartungsgemäß profitieren werden. Dies gilt unabhängig davon, ob andere Vermögenswerte oder Schulden des erworbenen Unternehmens diesen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet werden.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, wird der dem veräußerten Geschäftsbereich zuzurechnende Geschäfts- oder Firmenwert als

Bestandteil des Buchwerts des Geschäftsbereichs bei der Ermittlung des Ergebnisses aus der Veräußerung dieses Geschäftsbereichs berücksichtigt. Der Wert des veräußerten Anteils des Geschäfts- oder Firmenwerts wird auf der Grundlage der relativen Werte des veräußerten Geschäftsbereichs und des verbleibenden Teils der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt. Der Konzern nimmt die jährliche Überprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf Werthaltigkeit zum 31. Dezember vor. Eine Überprüfung findet ebenfalls statt, wenn Umstände darauf hindeuten, dass der Wert gemindert sein könnte.

Sachanlagen

Sachanlagen werden gemäß IAS 16 mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert und planmäßig entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben:

Gebäude	50 Jahre
Maschinen und technische Anlagen	5 bis 10 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 20 Jahre

Nachträgliche Gebäudeum- und -anbauten werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Gebäudes abgeschrieben.

Sachanlagen werden entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des angesetzten Vermögenswerts kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus der Ausbucht des Vermögenswerts resultierenden Gewinne oder Verluste werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, in der der Vermögenswert ausgebucht wird.

Die Restwerte, Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Wertminderung von nicht-finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern ermittelt an jedem Abschlussstichtag, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung nicht-finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Liegen solche Anhaltspunkte vor oder ist eine jährliche Überprüfung eines Vermögenswerts auf Werthaltigkeit erforderlich, nimmt der Konzern eine Schätzung des erzielbaren Betrags des jeweiligen Vermögenswerts vor. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit (ZGE) abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Der erzielbare Betrag ist für jeden einzelnen Vermögenswert zu bestimmen, es sei denn, ein Vermögenswert erzeugt keine Mittelzuflüsse, die weitestgehend unabhängig von denen anderer Vermögenswerte oder anderer Gruppen von Vermögenswerten sind. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswerts oder einer ZGE den jeweils erzielbaren Betrag, ist der Vermögenswert wertgemindert und wird auf seinen erzielbaren Betrag abgeschrieben.

Zur Ermittlung des Nutzungswerts werden die erwarteten künftigen Cashflows unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen hinsichtlich des Zinseffekts und der spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt, auf ihren Barwert abgezinst. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten werden kürzlich erfolgte Markttransaktionen berücksichtigt. Sind keine derartigen Transaktionen identifizierbar, wird ein angemessenes Bewertungsmodell angewandt. Dieses stützt sich auf Bewertungsmultiplikatoren, Börsenkurse von börsengehandelten Anteilen an Unternehmen oder andere zur Verfügung stehende Indikatoren für den beizulegenden Zeitwert. Der Konzern legt seiner Wertminderungsbeurteilung detaillierte Budget- und Prognoserechnungen zugrunde, die für jede der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns, denen einzelne Vermögenswerte zugeordnet sind, separat erstellt werden. Solche Budget- und Prognoserechnungen erstrecken sich in der Regel über vier Jahre. Für längere Zeiträume wird eine langfristige Wachstumsrate bestimmt und zur Prognose der künftigen Cashflows nach dem vierten Jahr angewandt.

Wertminderungsaufwendungen der fortzuführenden Geschäftsbereiche, einschließlich der Wertminderung von Vorräten, werden erfolgswirksam in den Aufwandskategorien erfasst, die der Funktion des wertgeminderten Vermögenswerts im Unternehmen entsprechen. Dies gilt nicht für zuvor Neubewertete Vermögenswerte, sofern die Wertsteigerungen aus der Neubewertung

im sonstigen Ergebnis erfasst wurden. Bei diesen wird auch die Wertminderung bis zur Höhe des Betrags aus einer vorangegangenen Neubewertung im sonstigen Ergebnis erfasst.

Für Vermögenswerte wird zu jedem Abschlussstichtag eine Überprüfung vorgenommen, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand nicht mehr länger besteht oder sich verringert hat. Wenn solche Anhaltspunkte vorliegen, nimmt der Konzern eine Schätzung des erzielbaren Betrags des Vermögenswerts oder der ZGE vor. Ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand wird nur dann rückgängig gemacht, wenn sich seit der Erfassung des letzten Wertminderungsaufwands eine Änderung der Annahmen ergeben hat, die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags herangezogen wurden. Die Wertaufholung ist dahingehend begrenzt, dass der Buchwert eines Vermögenswerts weder seinen erzielbaren Betrag noch den Buchwert übersteigen darf, der sich nach Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen ergeben hätte, wenn in früheren Jahren kein Wertminderungsaufwand für den Vermögenswert erfasst worden wäre. Eine Wertaufholung wird erfolgswirksam erfasst, es sei denn, der Vermögenswert wird nach der Neubewertungsmethode bilanziert. In diesem Fall wird die Wertaufholung als Wertsteigerung aus der Neubewertung behandelt.

Fremdkapitalkosten

Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines Vermögenswertes zugeordnet werden können, für den ein beträchtlicher Zeitraum erforderlich ist, um ihn in seinen beabsichtigten gebrauchsfähigen oder verkaufsfähigen Zustand zu versetzen, werden als Teil der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des entsprechenden Vermögenswerts aktiviert. Alle sonstigen Fremdkapitalkosten werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Fremdkapitalkosten sind Zinsen und sonstige Kosten, die einem Unternehmen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Fremdkapital entstehen. Zinsen für Fremdkapitalkosten werden nicht aktiviert, da keine qualifizierten Vermögenswerte vorliegen.

Leasingverhältnisse

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt, selbst wenn dieses Recht in einer Vereinbarung nicht ausdrücklich festgelegt ist.

Konzern als Leasinggeber

Mietzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen werden über die Laufzeit des entsprechenden Leasingverhältnisses erfolgswirksam erfasst.

Konzern als Leasingnehmer

Leasingverhältnisse, bei denen nicht im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken vom Konzern auf den Leasingnehmer übertragen werden, werden als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert. Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zuwendungen der öffentlichen Hand/Abgegrenzte Zuwendungen der öffentlichen Hand

Zuwendungen der öffentlichen Hand für Personalkosten werden den Perioden, in denen die dazugehörigen Kosten anfallen, zugeordnet und planmäßig als Ertrag erfasst. Zuwendungen der öffentlichen Hand für Sachanlagevermögen werden gemäß IAS 20 passiv abgegrenzt und über die erwartete Nutzungsdauer der betreffenden Vermögenswerte aufgelöst.

Finanzinstrumente

Die Bilanzierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte und Schulden (Finanzinstrumente) richten sich nach den Vorschriften des IAS 39.

Demnach gliedern sich finanzielle Vermögenswerte abhängig von ihrem jeweiligen Erwerbszweck in nachstehende Kategorien:

- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
- Kredite und Forderungen
- bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die der Kategorie „bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ zuzuordnen sind, liegen im Konzern nicht vor.

Finanzielle Schulden werden je nach Erwerbszweck in folgende Kategorien eingeordnet:

- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden
- zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Schulden

Der Konzern legt die Klassifizierung seiner finanziellen Vermögenswerte und Schulden mit dem erstmaligen Ansatz fest.

Die Bilanzierung von Finanzinstrumenten erfolgt bei üblichem Kauf oder Verkauf zum Erfüllungstag, d. h. zu dem Wert des Tages, an dem der Vermögenswert geliefert wird.

Die Erstbewertung von finanziellen Vermögenswerten und Schulden erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Folgebewertung von Finanzinstrumenten ist abhängig von der Zuordnung zu den Kategorien gemäß den Vorschriften des IAS 39 und erfolgt entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (unter Anwendung der Effektivzinsmethode) oder zum beizulegenden Zeitwert. Finanzinstrumente werden ausgebucht, wenn die Rechte auf Zahlungen aus dem Investment erloschen sind oder übertragen wurden und der Konzern im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, übertragen hat. Zu jedem Abschlussstichtag werden zum einen Hinweise auf eine vorzunehmende Umklassifizierung, zum anderen objektive Anhaltspunkte für eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts bzw. einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte überprüft. Finanzielle Vermögenswerte umfassen sowohl originäre als auch derivative Ansprüche oder Verpflichtungen, die nachfolgend erläutert werden.

Eine Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden wird nur dann vorgenommen, wenn eine Aufrechnung der Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar ist und auch die Absicht besteht, tatsächlich zu saldieren.

Originäre Finanzinstrumente

Die Kategorien „Kredite und Forderungen“ und „zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Schulden“ beinhalten originäre Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Insbesondere handelt es sich dabei um

- Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- kurzfristige sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
- Finanzverbindlichkeiten
- Zahlungsmittel

Die fortgeführten Anschaffungskosten finanzieller Vermögenswerte und Schulden ermitteln sich unter Beachtung der Effektivzinsmethode als der Betrag, mit dem ein Finanzinstrument bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, vermindert um eventuelle Tilgungen und etwaige außerplanmäßige Abschreibungen für Wertminderungen. Bei den Verbindlichkeiten entsprechen die fortgeführten Anschaffungskosten grundsätzlich dem Nenn- bzw. dem Erfüllungsbetrag.

Die zusätzlich im Anhang anzugebenden Zeitwerte entsprechen bei den kurzfristigen Posten den fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Vermögenswerten oder Schulden mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden die Zeitwerte durch Diskontieren der zukünftigen Zahlungsflüsse mit dem Marktzins ermittelt.

Derivative Finanzinstrumente und Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos bei langfristigen Bankverbindlichkeiten sind derivative Finanzinstrumente zur Zinssicherung (Zinsswaps) eingesetzt.

Voraussetzung für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen ist, dass der eindeutige Sicherungszusammenhang zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument dokumentiert und deren Effektivität nachgewiesen ist. Die bilanzielle Berücksichtigung der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsinstrumente ist von der Art der Sicherungsbeziehung abhängig. Bei der Absicherung zukünftiger Zahlungsströme (Cashflow-Hedges) werden die Marktwertschwankungen des effektiven Teils eines Derivats erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis in der Rücklage für Cashflow-Hedges ausgewiesen. Der ineffektive Teil eines Hedge wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Derivative Finanzinstrumente, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien der Absicherung von Marktrisiken dienen, jedoch den Anforderungen des IAS 39 an die Effektivität der Sicherungsbeziehungen nicht in vollem Umfang genügen, werden als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ eingestuft. Der Konzern hat keine derartigen Finanzinstrumente eingesetzt.

Sonstige Forderungen und finanzielle Vermögenswerte

Sonstige Forderungen und finanzielle Vermögenswerte (ausgenommen Derivate) werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken und allgemeine Kreditrisiken sind durch entsprechende Wertkorrekturen berücksichtigt.

Vorratsvermögen

Vorräte sind gemäß IAS 2 grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder den jeweils niedrigeren Marktpreisen bewertet.

Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente umfassen ausschließlich Zahlungsmittel und sind zu ihrem Marktwert, der dem Nennwert entspricht, angesetzt. Der Finanzmittelfonds in der Konzern-Kapitalflussrechnung wird entsprechend der obigen Definition abgegrenzt und umfasst auch die in Anspruch genommenen Kontokorrentkredite.

Eigene Anteile

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese zu Anschaffungskosten erfasst und vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, die Ausgabe oder die Einziehung von eigenen Anteilen wird erfolgsneutral erfasst. Etwaige Unterschiedsbeträge zwischen dem Buchwert und der Gegenleistung werden im Falle einer Wiederausgabe als Aktienaufgeld erfasst. Der Konzern kann die mit den eigenen Anteilen verbundenen Stimmrechte nicht ausüben. Darüber hinaus werden ihnen keine Dividenden zugeordnet.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, soweit rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten bestehen, die in der Vergangenheit begründet sind, die künftig wahrscheinlich zu einem Vermögensabfluss führen und deren Höhe verlässlich geschätzt werden kann.

Abzinsungen werden vorgenommen, wenn der Zinseffekt wesentlich ist. Rückstellungen werden zu jedem Abschlussstichtag überprüft und an die gegenwärtig beste Schätzung angepasst.

Die Rückstellungen werden gemäß RIC 1 in einen kurz- bzw. langfristigen Teil klassifiziert, mit Ausnahme der nach IAS 19 ermittelten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen basiert auf dem in IAS 19 (Leistungen an Arbeitnehmer) vorgeschriebenen Anwartschaftsbarwertverfahren für Leistungszusagen auf Altersversorgung (Projected Unit Credit Method). Bei diesem Verfahren werden neben den am Abschlussstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften insbesondere auch künftig zu erwartende Steigerungen von Gehältern und Renten berücksichtigt. Die Berechnung beruht auf versicherungsmathematischen Gutachten unter Berücksichtigung biometrischer Rechnungsgrundlagen. Versicherungsma-

thematische Gewinne und Verluste werden in der Berichtsperiode, in der sie anfallen, erfolgsneutral unter Berücksichtigung latenter Steuern in einer gesonderten Position im Eigenkapital ausgewiesen bzw. in voller Höhe im sonstigen Ergebnis erfasst.

Rückstellungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer werden gemäß IAS 19.153 ermittelt. Auf die Erläuterungen zur Konzernbilanz wird verwiesen.

Steuern

Tatsächliche Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden

Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden für die laufende und die früheren Perioden werden mit dem Betrag bemessen, in dessen Höhe eine Erstattung von der Steuerbehörde bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die zum Abschlussstichtag gelten.

Latente Steueransprüche/Latente Steuerverbindlichkeiten

Als latente Steuerverbindlichkeiten werden alle zu versteuernden temporären Differenzen erfasst, mit Ausnahme von

- latenten Steuerschulden aus dem erstmaligen Ansatz eines Geschäfts- oder Firmenwerts oder eines Vermögenswerts oder einer Schuld aus einem Geschäftsvorfall, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst
- latenten Steuerschulden aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen stehen, wenn der zeitliche Verlauf der Umkehrung der temporären Differenzen gesteuert werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Latente Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Unterschiede und noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge verwendet werden können, mit Ausnahme von

- latenten Steueransprüchen aus abzugsfähigen temporären Differenzen, die aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswerts oder einer Schuld aus einem Geschäftsvorfall entstehen, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst
- latenten Steueransprüchen aus abzugsfähigen temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen stehen, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden oder kein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Der Buchwert der latenten Ertragsteueransprüche wird an jedem Abschlussstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftig zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruchs ermöglicht.

Die Steuerabgrenzungen werden in Höhe der voraussichtlichen Steuerbelastung bzw. -entlastung nachfolgender Geschäftsjahre auf Grundlage des zum Zeitpunkt der Realisierung voraussichtlich gültigen Steuersatzes vorgenommen.

Latente Steuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern im Eigenkapital erfasst.

Soweit es sich um Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden handelt, die von der gleichen Steuerbehörde und im gleichen Organkreis erhoben werden, erfolgt eine Saldierung gemäß IAS 12.71.

Umsatzsteuer

Erträge, Aufwendungen und Vermögenswerte werden – soweit keine Befreiung vorliegt – nach Abzug der Umsatzsteuer erfasst. Der Umsatzsteuerbetrag, der von der Steuerbehörde erstattet oder an diese abgeführt wird, wird in der Bilanz unter Forderungen bzw. Verbindlichkeiten erfasst.

Ertragsrealisierung

Erlöse werden unter Berücksichtigung von in Abzug zu bringenden Steuern und Erlösschmälerungen mit Erbringung der Leistung bzw. bei Verkäufen mit Übergang der Gefahren realisiert. Erlöse aus pauschalierten Entgelten werden entsprechend dem Leistungsfortschritt erfasst.

Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam. Zinserträge und -aufwendungen werden periodengerecht erfasst.

Dividendenerträge aus Finanzinvestitionen werden mit Entstehung des Rechtsanspruchs des Eigentümers auf Zahlung erfasst.

Wesentliche Ermessensentscheidungen, Annahmen und Schätzungen

Im Konzernabschluss müssen in einem eng begrenzten Umfang Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen getroffen werden, die Auswirkungen auf die Höhe und den Ausweis der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie der Eventualverbindlichkeiten haben. Diese Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die konzerneinheitliche Festlegung wirtschaftlicher Nutzungsdauern, die Bewertung von Rückstellungen, die Einbringbarkeit von Forderungen, die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen sowie die Wertminderung von nicht-finanziellen Vermögenswerten.

Den Annahmen und Schätzungen liegen Prämissen zugrunde, die auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand beruhen. Insbesondere wurden bezüglich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses vorliegenden Umstände ebenso wie die als realistisch unterstellte zukünftige Entwicklung des branchenspezifischen Umfelds zugrunde gelegt. Durch von den Annahmen abweichende und außerhalb des Einflussbereichs des Managements liegende Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen können sich Abweichungen zwischen den tatsächlich einstellenden Werten und den ursprünglich erwarteten Schätzwerten ergeben. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Erkenntnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie am Abschlussstichtag bestehende Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein erhebliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden nachstehend erläutert.

Pensionsleistungen

Der Aufwand aus leistungsorientierten Plänen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sowie der Barwert der Pensionsverpflichtung wird anhand von versicherungsmathematischen Berechnungen ermittelt. Eine versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage diverser Annahmen, die von den tatsächlichen Entwicklungen in der Zukunft abweichen können. Hierzu zählen die Bestimmung der Abzinsungssätze, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, die Sterblichkeitsrate und künftige Rentensteigerungen. Aufgrund der Komplexität der Bewertung, der zugrunde liegenden Annahmen und ihrer Langfristigkeit reagiert eine leistungsorientierte Verpflichtung höchst sensibel auf Änderungen dieser Annahmen. Alle Annahmen werden zu jedem Abschlussstichtag überprüft.

Wertminderung von nicht-finanziellen Vermögenswerten

Eine Wertminderung besteht, wenn der Buchwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit seinen erzielbaren Betrag übersteigt. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und Nutzungswert. Der Berechnung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Veräußerungskosten liegen verfügbare Daten aus bindenden Veräußerungsgeschäften zwischen unabhängigen Geschäftspartnern über ähnliche Vermögenswerte oder beobachtbare Marktpreise abzüglich

direkt zurechenbarer Kosten für die Veräußerung des Vermögenswerts zugrunde. Zur Berechnung des Nutzungswerts wird eine Discounted-Cashflow-Methode verwendet. Die Cashflows werden aus dem Finanzplan der nächsten vier Jahre abgeleitet. Der erzielbare Betrag ist abhängig von dem im Rahmen der Discounted-Cashflow-Methode verwendeten Diskontierungssatz sowie von den erwarteten künftigen Mittelzuflüssen und der für Zwecke der Extrapolation verwendeten Wachstumsrate. Die Grundannahmen zur Bestimmung des erzielbaren Betrags für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten werden in Angabe 12 dargestellt und näher erläutert.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

(1) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse resultieren nahezu ausschließlich aus Patientenerlösen, Wahlleistungen sowie Chefarztabgaben im Zusammenhang mit der klinischen Rehabilitationsbehandlung.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

	2013	2012
	TEUR	TEUR
Erlöse aus Nebenumsätzen	1.372	1.290
Erlöse Restaurant	743	746
Versicherungsentschädigungen	335	81
Zuwendungen der öffentlichen Hand	288	0
Periodenfremde Erträge	94	61
Personalerlöse und Sachbezüge	82	78
Erträge aus der Auflösung in Vorjahren gebildeter nicht mehr benötigter Rückstellungen und sonstiger Verbindlichkeiten	23	57
Sonstige	388	336
	3.325	2.649

Die Zuwendungen der öffentlichen Hand wurden für Aufwendungen für Pflegebedürftige gewährt. Im Vorjahr wurden die Erträge (280 TEUR) unter den Umsatzerlösen ausgewiesen. Aus Gründen der Klarheit erfolgt in 2013 der Ausweis unter „sonstige betriebliche Erträge“.

(3) Materialaufwand

Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 292 TEUR auf 6.377 TEUR erhöht. Die Materialintensität liegt bei rd. 16 % (Vorjahr: 16 %).

(4) Personalaufwand

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.160 TEUR auf 24.325 TEUR erhöht. Die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten ist von 545 auf 564 Beschäftigte gestiegen. Die Personalintensität beträgt 61,8 % (Vorjahr: 59,4 %).

Die Aufwendungen für Altersversorgung beliefen sich auf 124 TEUR (Vorjahr: 168 TEUR). Als Aufwendungen für Altersversorgung werden im Wesentlichen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen ausgewiesen.

(5) Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 320 TEUR gestiegen (2013: 2.059 TEUR; 2012: 1.739 TEUR). Hierin enthalten sind Wertminderungsaufwendungen von 200 TEUR (siehe Angabe 12).

(6) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2013 TEUR	2012 TEUR
Mieten und Pachten	2.629	2.810
Allgemeine Verwaltungskosten	2.108	2.087
Energiekosten	1.748	1.644
Laufende Instandhaltungen	1.277	1.387
Abgaben, Beiträge, Versicherungen	383	305
Sonstige	617	689
	8.762	8.922

(7) Finanzerträge und -aufwendungen

	2013 TEUR	2012 TEUR
Zinserträge und ähnliche Erträge	56	63
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen (langfristig)	-656	-433
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen (kurzfristig)	-237	-68
Zinseffekte aus Pensionsverpflichtungen und ähnlichen Aufwendungen	-293	-335
	-1.130	-773

(8) Ertragsteuern

Als Ertragsteuern werden die gezahlten bzw. geschuldeten Steuern auf Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuerabgrenzungen ausgewiesen.

Der Ertragsteueraufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 170 TEUR auf 202 TEUR vermindert. Als Ertragsteuern werden die Körperschaftsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags sowie die Gewerbeertragsteuer ausgewiesen. Zusätzlich werden in diesem Posten gemäß IAS 12 Steuerabgrenzungen auf unterschiedliche Wertansätze in IFRS- und Steuerbilanz, auf Konsolidierungsvorgänge und auf erwartete nutzbare Verlustvträge, die in der Regel zeitlich unbegrenzt vortragsfähig sind, erfasst.

Die inländischen Unternehmen unterliegen, soweit nicht gewerbesteuerbefreit, einer durchschnittlichen Gewerbeertragsteuer von ca. 14,2 %. Der Körperschaftsteuersatz beträgt 15,0 %, zuzüglich eines Solidaritätszuschlags auf die Körperschaftsteuer von 5,5 %. Der Gesamtsteuersatz beträgt ca. 30 %, soweit Gewerbesteuerpflicht besteht, und 15,8 %, soweit die Gesellschaft von der Gewerbesteuer befreit ist. Die latenten Steuern werden mit 15,8 % bzw. 30 % (Vorjahr: 15,8 % bzw. 30 %) bewertet. Die Berechnung der latenten Steuern auf Verlustvträge erfolgt unter Beachtung der in Deutschland derzeit geltenden Bestimmungen bei der Verrechnung von steuerlichen Verlusten in Folgeperioden.

Die Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
	TEUR	TEUR
Tatsächlicher Steueraufwand		
Körperschaftsteuer	278	273
Gewerbsteuer	66	43
Periodenfremde Ertragsteuer	-36	50
Summe	308¹⁾	366¹⁾
Latente Steuerabgrenzungen	-106	6
	202	372
¹⁾ Die tatsächlich gezahlten Steuern betragen	320	476

Die latenten Steueraufwendungen ergeben sich saldiert wie folgt:

	2013	2012
	TEUR	TEUR
Latente Steuererträge/-aufwendungen aus temporärer Differenz	-120	20
Latente Steueraufwendungen/-erträge aus Verlustvortrag	14	-14
Davon wegen Steuersatzänderung 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR)		
	-106	6

Latente Ertragsteuern aus während des Geschäftsjahres direkt im Eigenkapital erfassten Posten:

	2013	2012
	TEUR	TEUR
Rücklage für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-8	-231
Neubewertung der Sicherungsbeziehungen zur Absicherung von Cashflows	-4	15
	-12	-216

Die Überleitung vom Ergebnis vor Ertragsteuern auf den Ertragsteueraufwand stellt sich wie folgt dar:

	2013	2012
	TEUR	TEUR
Latente Steuern	-106	6
Tatsächlicher Ertragsteueraufwand	308	366
Ausgewiesene Ertragsteuern	202	372
(Ergebnis vor Ertragsteuern)	(-1)	(-945)
Tatsächlicher Gewerbesteueraufwand	65	43
Erwarteter Steueraufwand 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag)	0	150
Periodenfremde Steueraufwendungen/-erträge	-36	50
Effekte aus Steuersatzänderung	0	0
Temporäre Differenzen u. Verluste, für die keine latenten Steuern erfasst wurden	172	147
Sonstige Steuereffekte	1	-18
Tatsächlicher Ertragsteueraufwand	202	372
effektiver Steuersatz: >100 % (Vorjahr: 39 %)		

Hinsichtlich der Zuordnung der Steuerabgrenzungen zu den einzelnen Vermögenswerten und Schulden verweisen wir auf die Erläuterungen zur Konzernbilanz.

Sonstige Steuern werden im operativen Ergebnis ausgewiesen.

(9) Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zuzuordnende Ergebnis in Höhe von -45 TEUR (Vorjahr: -86 TEUR) betrifft ausschließlich Verlustanteile des Teilkonzerns Aatakllinik Wünnenberg GmbH.

(10) Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie errechnet sich als Quotient aus dem Konzerngewinn (ohne Anteile ohne beherrschenden Einfluss) und dem gewichteten Durchschnitt der während des Geschäftsjahres im Umlauf befindlichen Aktienzahl.

	2013	2012
Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss	-200.948,58 EUR	572.949,32 EUR
Auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	44.560,55 EUR	85.730,84 EUR
Konzernverlust/-gewinn	-156.388,03 EUR	658.680,16 EUR
Gewichteter Durchschnitt der im Umlauf befindlichen Aktien	3.026.842 Stück	3.075.468 Stück
Ergebnis je Aktie	-0,05 EUR	0,21 EUR

Das verwässerte Ergebnis je Aktie entspricht dem unverwässerten Ergebnis je Aktie, da an den Abschlussstichtagen keine Options- und Wandlungsrechte ausgegeben waren.

VI. Erläuterungen zur Bilanz

(11) Immaterielle Vermögenswerte

	Immaterielle Vermögenswerte TEUR	Geschäfts- oder Firmenwert TEUR	Gesamt TEUR
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 01.01.2012	553	97	650
Zugänge	38	0	38
Abgänge	0	-97	-97
Stand 31.12.2012	591	0	591
2. Kumulierte Abschreibungen			
Stand 01.01.2012	-466	-97	-563
Zuführung (erfolgswirksam)	-34	0	-34
Abgänge	0	97	97
Stand 31.12.2012	-500	0	-500
3. Nettobuchwerte			
Stand 01.01.2012	87	0	87
Stand 31.12.2012	91	0	91
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 01.01.2013	591	0	591
Zugänge	82	0	82
Abgänge	0	0	0
Stand 31.12.2013	673	0	673
2. Kumulierte Abschreibungen			
Stand 01.01.2013	-500	0	-500
Zuführung (erfolgswirksam)	-42	0	-42
Abgänge	0	0	0
Stand 31.12.2013	-542	0	-542
3. Nettobuchwerte			
Stand 01.01.2013	91	0	91
Stand 31.12.2013	131	0	131

(12) Sachanlagen

	Grundstücke und Bauten	Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Anlagen im Bau	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Stand 01.01.2012	53.206	154	10.979	111	64.450
Zugänge	3.162	0	863	968	4.993
Umbuchungen	52	0	0	-52	0
Abgänge	-2	0	-466	0	-468
Stand 31.12.2012	56.418	154	11.376	1.027	68.975
2. Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.01.2012	-25.201	-154	-9.226	0	-34.581
Zuführung (erfolgswirksam)	-1.119	0	-585	0	-1.704
Abgänge	0	0	459	0	459
Stand 31.12.2012	-26.320	-154	-9.352	0	-35.826
3. Nettobuchwerte					
Stand 01.01.2012	28.005	0	1.753	111	29.869
Stand 31.12.2012	30.098	0	2.024	1.027	33.149
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Stand 01.01.2013	56.418	154	11.376	1.027	68.975
Zugänge	3.327	0	862	4.496	8.685
Umbuchungen	1.387	259	0	-1.646	0
Abgänge	-1	0	-210	0	-211
Stand 31.12.2013	61.131	413	12.028	3.877	77.449
2. Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.01.2013	-26.320	-154	-9.352	0	-35.826
Zuführung (erfolgswirksam)	-1.248	-5	-564	0	-1.817
Wertminderungen	-40	0	-160	0	-200
Abgänge	0	0	202	0	202
Stand 31.12.2013	-27.608	-159	-9.874	0	-37.641
3. Nettobuchwerte					
Stand 01.01.2013	30.098	0	2.024	1.027	33.149
Stand 31.12.2013	33.523	254	2.154	3.877	39.808

Der Wertminderungsaufwand in Höhe von 200 TEUR im Geschäftsjahr 2013 stellt die Wertberichtigung bestimmter Sachanlagen der zahlungsmittelgenerierenden Einheit „Aataalklinik“ auf ihren erzielbaren Betrag dar. Der Wertminderungsaufwand wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Abschreibungen ausgewiesen.

Aufgrund überarbeiteter Auslastungseinschätzungen in der Aataalklinik, die zu einer Anpassung der Mittelfristplanung führten, hat der Konzern eine Überprüfung der Werthaltigkeit der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheit „Aataalklinik“ bilanzierten Vermögenswerte durchgeführt.

Der auf Basis des Nutzungswerts durchgeführte Werthaltigkeitstest führte zu einem Wertminderungsaufwand der zahlungsmittelgenerierenden Einheit in Höhe von 200 TEUR. Der ermittelte Wertminderungsaufwand wurde den Vermögenswerten der zahlungsmittelgenerierenden Einheit „Aataalklinik“ gemäß IAS 36.104 anteilig zugeordnet. Bei der Ermittlung des Nutzungswerts der

zahlungsmittelgenerierenden Einheit wurden die Cashflows mit einem Zinssatz vor Steuern von 7,1 % abgezinst.

Das Grundvermögen ist zur Sicherung von Bankdarlehen im Gesamtrestbuchwert von 15.804 TEUR (Vorjahr: 11.625 TEUR) mit Grundpfandrechten belastet.

Kirchliche Zuschüsse zum Neubau einer Kapelle werden nicht als Minderung der Anschaffungskosten, sondern passiv abgegrenzt und über die erwartete Nutzungsdauer der Kapelle aufgelöst. Der Restbuchwert der Kapelle beträgt zum 31.12.2013 231 TEUR (Vorjahr: 238 TEUR). Umstände, die Anlass für eine Rückzahlung dieser Zuwendungen geben, liegen nicht vor.

Es gibt – mit Ausnahme von Sicherungsübereignungen von 19 TEUR (Vorjahr: 62 TEUR) – keine Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen bezüglich der Sachanlagen; Erwerbsverpflichtungen bestehen ebenfalls nicht.

(13) Aufstellung des Anteilsbesitzes der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn

In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital %	Eigen- kapital ¹⁾ TEUR	Jahres- ergebnis ¹⁾ TEUR
Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn	100	23.979	1.574 ²⁾
Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH, Nettersheim-Marmagen	100	2.135	0
GlobalMed GmbH, Bonn	100	4.321	2.378 ³⁾
Kaiser-Karl-Klinik GmbH, Bonn	100	1.559	-333 ⁴⁾
GlobalMANAGEMENT GmbH, Bonn	100	19	-2
Gesundheitspark Hardterwald Immobilien GmbH, Bonn	100	1.872	-547
Herzpark Mönchengladbach GmbH, Bonn	100	-1.940	-1.312
Herznetz Rheinland gemeinnützige GmbH, Bonn	mittelbar 100	17	-3
Aatalklinik Wünnenberg GmbH, Bad Wünnenberg	70	1.258	-100 ⁵⁾
Aatalklinik Wünnenberg Pflege GmbH, Pflegestation „St. Antonius“, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	19	38 ⁶⁾
Gesellschaft für Schlaganfall- und Gesundheitsforschung mbH, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	65	-5 ⁷⁾
Medizinisches Versorgungszentrum Bad Wünnenberg/Südkreis Paderborn GmbH, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	-274	8

¹⁾Ermittlung nach HGB

²⁾Ergebnis nach Verlustübernahme Kaiser-Karl-Klinik GmbH und Gewinnabführung GlobalMed GmbH

³⁾Ergebnis vor Gewinnabführung an die Eifelhöhen-Klinik AG

⁴⁾Ergebnis vor Verlustübernahme durch die Eifelhöhen-Klinik AG

⁵⁾Ergebnis nach Gewinnabführung Aatalklinik Wünnenberg Pflege GmbH und nach Verlustübernahme der Gesellschaft für Schlaganfall- und Gesundheitsforschung mbH

⁶⁾Ergebnis vor Gewinnabführung an die Aatalklinik Wünnenberg GmbH

⁷⁾Ergebnis vor Verlustübernahme durch die Aatalklinik Wünnenberg GmbH

(14) Finanzielle Vermögenswerte

	Sonstige Anteile an Kapitalgesellschaften TEUR
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten	
Stand 01.01./31.12.2012	233
2. Kumulierte Abschreibungen	
Stand 01.01./31.12.2012	233
3. Buchwerte	
Stand 01.01./31.12.2012	0
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten	
Stand 01.01./31.12.2013	233
2. Kumulierte Abschreibungen	
Stand 01.01./31.12.2013	233
3. Buchwerte	
Stand 01.01./31.12.2013	0

Name der Gesellschaft Beteiligungen	Buchwert in EUR	Anteil in %
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	1,00	6,0
MEDICO-PLUS AG	1,00	2,5
Bad Wünnenberg Touristik GmbH	500,00	1,9
	502,00	

Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bzw. bei Wertminderungen mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt. Nach Berücksichtigung der vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen entsprechen die Buchwerte den Marktwerten am Abschlussstichtag.

(15) Sonstige Vermögenswerte

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR	01.01.2012 TEUR
Sonstige Vermögenswerte kurzfristig			
Forderungen Chefärzte	220	158	107
Forderung Kassenärztliche Vereinigung	61	47	50
Kontokorrentforderungen Kurverwaltung Wünnenberg GmbH	6	311	261
Darlehen an die Kurverwaltung Wünnenberg GmbH	0	562	562
Übrige	166	173	182
	453	1.251	1.162

Sonstige Vermögenswerte sind abzüglich der vorgenommenen Wertberichtigungen dargestellt.

Das Darlehen gegen einen Minderheitsgesellschafter wurde in 2013 vollständig getilgt.

Die Bilanzwerte der kurzfristigen sonstigen Vermögenswerte entsprechen aufgrund der kurzen Laufzeiten im Wesentlichen ihrem beizulegenden Zeitwert.

(16) Latente Steueransprüche/Latente Steuerverbindlichkeiten

Die vorgenommenen Steuerabgrenzungen resultieren aus temporären unterschiedlichen Wertansätzen in IFRS- und Steuerbilanz der einbezogenen Unternehmen, aus Konsolidierungsvorgängen sowie aus der erwarteten voraussichtlichen Nutzung steuerlicher Verlustvorträge gemäß IAS 12.

Aktive und passive Steuerabgrenzungsposten verteilen sich auf steuerliche Verlustvorträge sowie einzelne Bilanzposten wie folgt:

	Konzern-Bilanz			Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	
	31.12.2013	31.12.2012	01.01.2012	2013	2012
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Steuerliche Verlustvorträge	0	14	0	14	-14
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ¹⁾	1.274	1.097	808	-185	-58
Jubiläumrückstellungen	27	26	21	-1	-5
Neubewertung eines Zinsswaps zum beizulegenden Zeitwert ²⁾	30	34	49	0	0
Höhere IFRS-Buchwerte bei Sachanlagen	-1.463	-1.421	-1.347	42	74
Sonstige Rückstellungen	-14	-9	-9	5	0
Übrige Posten	6	6	6	0	0
Konsolidierung	-28	-9	0	19	9
Latenter Steueraufwand/(-ertrag)				-106	6
Latente(r) Steueranspruch/(-schuld), netto	-168	-262	-472		

¹⁾ -8 TEUR (Vorjahr: +231 TEUR) der latenten Ertragsteuern wurden direkt im Eigenkapital erfasst

²⁾ -4 TEUR (Vorjahr: -15 TEUR) der latenten Ertragsteuern wurden direkt im Eigenkapital erfasst

Latente Steuerverbindlichkeiten sind mit entsprechenden Steueransprüchen saldiert, soweit es sich um dasselbe Steuersubjekt und dieselbe Steuerbehörde handelt.

Zum Abschlussstichtag verfügt der Konzern über nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge in Höhe von insgesamt 2.906 TEUR (Vorjahr: 1.345 TEUR). Die am Abschlussstichtag nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt vortragbar. Es wurden für steuerlich noch nicht genutzte Verluste von 2.906 TEUR bisher keine latenten Steueransprüche angesetzt, da sie nicht zur Verrechnung mit den zu versteuernden Ergebnissen anderer Unternehmen des Konzerns verwendet werden dürfen und in Tochterunternehmen entstanden sind, die bereits seit längerer Zeit Verluste erwirtschaften oder bei denen die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass das zu versteuernde Ergebnis zur Verfügung stehen wird. Könnte der Konzern sämtliche nicht berücksichtigte latente Steueransprüche aktivieren, würde der Gewinn um 460 TEUR ansteigen.

Aus der Abwertung von latenten Steueransprüchen resultiert ein latenter Steueraufwand von 14 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR).

(17) Vorratsvermögen

Beim Vorratsvermögen handelt es sich ausschließlich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 271 TEUR (Vorjahr: 240 TEUR). Sie entfallen im Wesentlichen auf Vorräte des medizinischen Bedarfs und Lebensmittel.

(18) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR	01.01.2012 TEUR
Kundenforderungen	5.745	4.898	4.511
Einzelwertberichtigung	54	48	58
Pauschalwertberichtigung	43	40	34
	5.648	4.810	4.419

Alle ausgewiesenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

Der Zeitwert der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entspricht dem Buchwert. Erkennbare Risiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Diese werden nach dem wahrscheinlichen Ausfallrisiko bemessen. Zum 31. Dezember 2013 waren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Nennwert von 55 TEUR (Vorjahr: 85 TEUR) wertgemindert.

Die Entwicklung der Wertberichtigungen auf – zum Abschlussstichtag bestehende – Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stellt sich wie folgt dar:

	2013 TEUR	2012 TEUR
Stand 01.01.	88	92
Zuführung	23	24
Inanspruchnahme	-1	-14
Auflösung	-13	-14
Stand 31.12.	97	88

Zuführungen des Geschäftsjahres werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“, Auflösungen unter „Sonstige betriebliche Erträge“ ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2013 stellt sich die Altersstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wie folgt dar:

	Summe TEUR	weder überfällig noch wertgemindert TEUR	überfällig, aber nicht wertgemindert		
			< 30 Tage TEUR	30 - 60 Tage TEUR	> 60 Tage TEUR
31.12.2013	5.648	4.176	289	888	295
31.12.2012	4.810	4.075	198	210	327
01.01.2012	4.419	3.469	310	209	431

(19) Laufende Ertragsteueransprüche

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
Körperschaftsteuer	62	90
Gewerbesteuer	0	0
	62	90

(20) Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente

Die Zahlungsmittel enthalten ausschließlich Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten. Guthaben bei Kreditinstituten werden mit variablen Zinssätzen für täglich kündbare Guthaben verzinst.

(21) Gezeichnetes Kapital und eigene Anteile

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist gemäß IAS 1 als eigener Bestandteil des Konzernabschlusses in einer Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Das voll eingezahlte gezeichnete Kapital der Eifelhöhen-Klinik AG beläuft sich zum Abschlussstichtag unverändert auf 7.987 TEUR. Es entfällt auf (ebenfalls unverändert) 3.120.000 nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,56 EUR.

Eine Aktie berechtigt ihren Inhaber zur Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft sowie zum Empfang der von der Hauptversammlung beschlossenen Dividende.

Die Eifelhöhen-Klinik AG erwarb in 2013 keine weiteren eigenen Anteile. Die eigenen Anteile wurden gemäß IAS 32 vom Eigenkapital abgezogen und in der Bilanz gesondert ausgewiesen.

(22) Ausgeschüttete und vorgeschlagene Dividenden

Die während des Geschäftsjahres beschlossene und ausgeschüttete Dividende je Stückaktie betrug 0,05 EUR bzw. insgesamt 151.342,10 EUR.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung der Eifelhöhen-Klinik AG zur Genehmigung vorschlagen

a) Zahlung einer Dividende von 0,08 € je Stückaktie (3.011.064 Stückaktien à 0,08 EUR)	240.885,12 EUR
b) Einstellung in andere Gewinnrücklagen	545.880,50 EUR

Zum Zeitpunkt der Dividendenauszahlung in 2013 wurden von der Gesellschaft 93.158 Stück eigene Aktien gehalten, aus denen der Gesellschaft keine Rechte zustanden und die somit auch nicht dividendenberechtigt waren. Bei Aufstellung des Konzernabschlusses wurden von der Gesellschaft 108.936 Stück eigene Aktien gehalten, aus denen der Gesellschaft keine Rechte zustehen und die somit auch nicht dividendenberechtigt sind.

(23) Rücklagen

Die Kapitalrücklage wird zur besseren Darstellung separat ausgewiesen.

Im Berichtsjahr wird das sogenannte Cashflow Hedge Accounting gemäß IAS 39.86 (b) angewendet. Die Zinsswaps dienen der Absicherung künftiger Zahlungsströme. Sie werden im Rahmen des Cashflow Hedge Accounting zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Sicherungsbeziehung ist in vollem Umfang effektiv. Somit wird das Bewertungsergebnis der Zinsswaps erfolgsneutral nach Berücksichtigung latenter Steuern in einer gesonderten Position im Eigenkapital (Cashflow-Hedge-Rücklage) erfasst. Die laufenden Zinszahlungen werden unter Berücksichtigung einer korrekten Periodenabgrenzung im sonstigen Ergebnis ausgewiesen, da es sich bei dem Grundgeschäft um ein Instrument der Unternehmensfinanzierung handelt.

Die Konzerngewinnrücklagen enthalten aufgelaufene Ergebnisse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen – soweit sie nicht ausgeschüttet wurden – sowie Effekte aus Konsolidierungsmaßnahmen. Die Beträge aus der Anpassung der bisherigen Buchwerte nach HGB an die nach IFRS erforderlichen Werte (2.605 TEUR) sind in der IFRS-Eröffnungsbilanz zum 01.01.2004 unmittelbar mit den Gewinnrücklagen zum 01.01.2004 verrechnet worden.

In der Rücklage für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste wird die erfolgsneutrale Anpassung an versicherungsmathematische Annahmen für Pensionsverpflichtungen erfasst.

(24) Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss sind in der Konzernbilanz innerhalb des Eigenkapitals getrennt vom Eigenkapital des Mutterunternehmens ausgewiesen. Anteile ohne beherrschenden Einfluss am Konzernergebnis werden gesondert angegeben.

(25) Rückstellungen (langfristig)

	Stand 01.01.2012	Zins- auf- wand	Dienstzeit- aufwand Zuführung	Zahlungen	versicherungs- mathematische Gewinne(-)/ Verluste	Stand 31.12.2012
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
Unterstützungskasse	4.949	237	91	-205	1.016	6.088
Pensionen	1.076	50	0	-107	128	1.147
Altersgeld	411	20	24	-5	36	486
	6.436	307	115	-317	1.180	7.721
Andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer						
Jubiläum	587	28	55	-62	20	628
Altersteilzeit	156	0	-26	0	0	130
	743	28	29	-62	20	758
Gesamtsumme	7.179	335	144	-379	1.200	8.479

	Stand 01.01.2013	Zins- auf- wand	Dienstzeit- aufwand Zuführung	Zahlungen	versicherungs- mathematische Gewinne(-)/ Verluste	Stand 31.12.2013
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
Unterstützungskasse	6.088	215	108	-209	-56	6.146
Pensionen	1.147	39	0	-107	23	1.102
Altersgeld	486	18	29	-9	-1	523
	7.721	272	137	-325	-34	7.771
Andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer						
Jubiläum	628	21	57	-52	-14	640
Altersteilzeit	130	0	-63	0	0	67
	758	21	-6	-52	-14	707
Gesamtsumme	8.479	293	131	-377	-48	8.478

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Finanzierung leistungsorientierter Verpflichtungen erfolgt über Rückstellungsbildung. Es gibt zum Stichtag weder ausgelagerte Vermögenswerte noch qualifizierte Versicherungspolice zur Deckung der Verpflichtungen. Beitragsorientierte Pläne führen nicht zu einer Rückstellungsbildung.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen für die betriebliche Altersversorgung erfolgt nach der in IAS 19 vorgeschriebenen Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method). Im Rahmen dieses Anwartschaftsbarwertverfahrens werden sowohl die am Abschlussstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften als auch die künftig zu erwartenden Steigerungen der Gehälter und Renten berücksichtigt.

Sich am Jahresende ergebende Unterschiedsbeträge (so genannte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste) zwischen den planmäßig ermittelten Pensionsverpflichtungen und dem tatsächlichen Anwartschaftsbarwert werden erfolgsneutral unter Berücksichtigung latenter Steuern in einem gesonderten Posten im Eigenkapital als Bestandteil der Gewinnrücklagen ausgewiesen. Der in den Pensionsaufwendungen enthaltene Zinsanteil wird als Zinsaufwand innerhalb des Finanzergebnisses gezeigt.

Die Pensionsverpflichtungen betreffen Versorgungszusagen an ehemalige und leitende Mitarbeiter der Muttergesellschaft. Es handelt sich um leistungsorientierte Zusagen auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten.

Die Eifelhöhen-Klinik AG ist neben der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH Trägerunternehmen der Unterstützungskasse e. V., die seit dem 01.01.2000 für Neueintritte geschlossen ist. Aktivisches Planvermögen ist – da über ein Darlehen finanziert – beim Trägerunternehmen nicht gebildet worden.

Die Rückstellungen für betriebliche Altersversorgung betreffen aktive Anwärter, ausgeschiedene Mitarbeiter mit unverfallbaren Ansprüchen sowie Rentempfänger. Die Leistungen hängen von den Dienstjahren und dem pensionsfähigen Gehalt ab. Das Altersgeld gewährt die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH ihren Arbeitnehmern gemäß bestehendem Tarifvertrag. Der Dienstzeitaufwand ist in dem Posten „Personalaufwendungen“ enthalten.

Der Berechnung liegen folgende Rechnungsannahmen (gewogener Durchschnitt) zugrunde:

	31.12.2013	31.12.2012
	%	%
Rechnungszinsfuß	3,6	3,6
Erwartete Einkommensentwicklung	0,429	0,426
Erwartete Rentenentwicklung	0,071	0,074

Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005 G“ nach Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Als Rentenalter wurde der frühest mögliche Renteneintritt nach deutschem Recht verwendet.

Die im sonstigen Ergebnis erfassten (Gewinne)/Verluste aus Neubemessung setzen sich wie folgt zusammen:

Versicherungsmathematische (Gewinne) und Verluste aus :	2013
	TEUR
Änderungen demografischer Annahmen	0
Änderungen finanzieller Annahmen	0
Erfahrungsbedingte Anpassungen	-48
Enthalten im sonstigen Ergebnis	-48

Nachfolgend wird eine quantitative Sensitivitätsanalyse der wichtigsten Annahmen zum 31. Dezember 2013 dargestellt:

31.12.2013				
Rechnungszins	Gehaltstrend	Rententrend	DBO	Abweichung in %
%	%	%	TEUR	%
4,1	0,4	0	7.247	-6,7
3,1	0,1	0	8.360	+7,6

Die vorstehenden Sensitivitätsanalysen wurden mittels eines Verfahrens durchgeführt, das die Auswirkung realistischer Änderungen der wichtigsten Annahmen zum Ende des Berichtszeitraums auf die leistungsorientierte Verpflichtung extrapoliert.

Folgende Beträge werden voraussichtlich in den nächsten Jahren im Rahmen der leistungsorientierten Verpflichtung ausgezahlt:

	Pensionen	Altersgeld	Unterstützungs- kasse	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Auszahlung				
innerhalb der nächsten 12 Monate	107	11	222	340
zwischen 2 und 5 Jahren	431	55	975	1.461
durchschnittliche Laufzeit zum 31.12.2013	7,7	11,4	15,8	

Beträge der laufenden und der vorangegangenen vier Berichtsperioden stellen sich wie folgt dar:

Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	2013 TEUR	2012 TEUR	2011 TEUR	2010 TEUR	2009 TEUR
Unterstützungskasse	6.146	6.088	4.949	4.747	4.170
Pensionen	1.102	1.147	1.076	1.104	1.078
Altersgeld	523	486	411	409	345

Die erfahrungsbedingten Anpassungen, also die Auswirkungen der Abweichung zwischen erwarteten und tatsächlichen versicherungsmathematischen Prämissen, können der folgenden Tabelle entnommen werden:

	2013	2012	2011	2010	2009
Unterschied zwischen erwartetem und tatsächlichem Verlauf					
in % des Barwerts der Verpflichtung	-0,3	17,0	0,8	10,0	1,4

Andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

Die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH gewährt ihren Arbeitnehmern gemäß bestehendem Tarifvertrag Jubiläumsgewährungen in Abhängigkeit von der Betriebszugehörigkeit.

Die Bewertung der Jubiläumsrückstellung erfolgte gemäß IAS 19.155 nach der Projected Unit Credit Method.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde in 2008 erstmals gebildet.

(26) Finanzverbindlichkeiten

Stand 31.12.2012	davon mit einer Restlaufzeit			
	Gesamt	bis 1 Jahr	über 1 - 5 Jahre	über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.076	4.113	6.611	1.352
<i>davon Kontokorrentkredite</i>	2.104	2.104	0	0
Übrige (Darlehen)	965	45	209	711
	13.041	4.158	6.820	2.063

Stand 31.12.2013	davon mit einer Restlaufzeit			
	Gesamt	bis 1 Jahr	über 1 - 5 Jahre	über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.633	6.457	8.301	2.875
<i>davon Kontokorrentkredite</i>	4.993	4.993	0	0
Übrige (Darlehen)	0	0	0	0
	17.633	6.457	8.301	2.875

Die Besicherung der Finanzverbindlichkeiten erfolgt in Höhe von 15.804 TEUR (Vorjahr: 11.625 TEUR) durch Grundpfandrechte sowie 19 TEUR (Vorjahr: 62 TEUR) durch Sicherungsübereignung von Geschäftsausstattung. Zudem wurden die Pachtansprüche der GlobalMed GmbH, Bonn, gegen die Kaiser-Karl-Klinik GmbH, Bonn, als Sicherheit abgetreten.

Die Zinssätze für langfristig verzinste Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (11.176 TEUR) liegen unter Berücksichtigung der getätigten Zinsbegrenzungs geschäfte bei Laufzeiten bis 2023 zwischen 2,68 % und 6,25 %.

Die nachfolgende Aufstellung stellt die Finanzverbindlichkeiten entsprechend ihrer Zinsbindung sowie dem gewogenen Zinssatz dar:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Darlehen	Buchwert 31.12.2013		Buchwert 31.12.2012		Buchwert 01.01.2012
	%	TEUR	%	TEUR	TEUR
2011					75
2012			6,52	2.104	3.443
2013	6,52	4.974	5,48	1.252	394
2014	5,67	23	5,82	58	91
2015	0,00	0	3,98	443	603
2017	5,39	2.380	5,82	5.058	3.782
2019	2,75	1.752	3,40	932	
2020	2,68	2.756	2,94	3.194	
2023	3,48	5.748			
		17.633		13.041	8.388

Zum 31. Dezember 2013 standen dem Konzern in angemessenem und ausreichendem Umfang nicht in Anspruch genommene Kreditlinien von 4.457 TEUR zur Verfügung.

(27) Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

Der Eifelhöhen-Klinik-Konzern hat zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos bei langfristigen Bankverbindlichkeiten derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Es handelt sich im Wesentlichen um Zinssicherungsgeschäfte (Zinsswaps). Aufgrund dieser Vereinbarung erhält der Konzern auf den Bezugsbetrag einen variablen Zinssatz und zahlt einen festen Zinssatz. Die Sicherungsbe-

ziehungen wurden als hochwirksam eingestuft. Aufgrund der Minderung des negativen Zeitwerts des Zinsswaps von 213 TEUR auf 192 TEUR zum Bilanzstichtag wurde zum 31.12.2013 ein nicht realisierter Gewinn von 21 TEUR (Vorjahr: Gewinn 97 TEUR) unter Berücksichtigung latenter Steuerverbindlichkeiten von 4 TEUR (Vorjahr: 15 TEUR) aus diesen Kontrakten erfasst.

Der Umfang, die Laufzeit und der Marktwert ergeben sich aus nachfolgender Aufstellung:

Geschäftsart	Fälligkeit	Umfang	31.12.2012	
			Buchwert	Zeitwert
		TEUR	TEUR	TEUR
Zinssicherung (Swap)	April 2017	1.976	1.976	-213
		1.976	1.976	-213

Geschäftsart	Fälligkeit	Umfang	31.12.2013	
			Buchwert	Zeitwert
		TEUR	TEUR	TEUR
Zinssicherung (Swap)	April 2017	1.528	1.528	-127
Zinssicherung (Swap)	April 2019	1.752	1.752	-28
Zinssicherung (Swap)	Februar 2020	2.750	2.750	-37
		6.030	6.030	-192

Der zum Abschlussstichtag beizulegende Zeitwert wurde durch Abzinsung der erwarteten künftigen Cashflows unter Verwendung aktueller Marktzinssätze und Zinsstrukturkurven über die Restlaufzeit des Instruments ermittelt.

(28) Abgegrenzte Zuwendungen der öffentlichen Hand

Kirchliche Zuschüsse zum Neubau einer Kapelle werden passiv abgegrenzt und über die erwartete Nutzungsdauer der Kapelle aufgelöst. Die Auflösung der abgegrenzten Zuwendungen der öffentlichen Hand beträgt 6 TEUR (Vorjahr: 6 TEUR) und wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Umstände, die Anlass für eine Rückzahlung dieser Zuwendungen geben, liegen nicht vor.

(29) Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten

	31.12.2013	31.12.2012
	TEUR	TEUR
Körperschaftsteuer	63	33
Gewerbesteuer	79	147
	142	180

(30) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Sie bestehen in Höhe von 1.768 TEUR (Vorjahr: 1.256 TEUR) für offene Verpflichtungen aus dem Liefer- und Leistungsverkehr und sind innerhalb eines Jahres fällig. Der Zeitwert der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entspricht dem Buchwert.

(31) Kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
Personal	646	538
Jahresabschlusskosten, Prüfung, Steuererklärungen, Hauptversammlung, Offenlegung	386	364
Sonstige Steuern	293	343
Sozialversicherung	6	10
Übrige	762	689
	2.093	1.944

Die Personalverbindlichkeiten entfallen im Wesentlichen auf ergebnisabhängige Vergütungen und Verpflichtungen aus nicht genommenem Urlaub.

Die Verbindlichkeiten werden, sofern nicht anders angegeben, zum Erfüllungsbetrag bilanziert. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich und sind innerhalb eines Jahres fällig.

VII. Sonstige Erläuterungen und Angaben

(32) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die nach der indirekten Methode erstellte Kapitalflussrechnung zeigt gemäß IAS 7, wie sich Zahlungsmittel im Konzern durch Mittelzu- und -abflüsse verändert haben.

Die Kapitalflussrechnung unterscheidet Netto-Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit sowie Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Der Zahlungsmittelbestand umfasst liquide Mittel und Kontokorrentkredite bei Banken.

Zinseinnahmen und -zahlungen sind dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit zugeordnet, da sie primär der Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit dienen. Dividenden sind im Finanzierungsbereich enthalten.

Das Ergebnis nach Steuern ist gegenüber dem Vorjahr um 774 TEUR auf -201 TEUR gesunken.

Der Netto-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (I.) liegt mit 2.377 TEUR um 126 TEUR höher als in 2012.

Nach Abzug der Nettoinvestitionen von 8.760 TEUR, der Dividendenzahlung von 151 TEUR sowie der Veränderung der Finanzschulden von +1.702 TEUR ergibt sich ein Mittelabfluss von 4.832 TEUR, um den sich der Finanzmittelfonds in 2013 vermindert hat.

Die Zusammensetzung des Finanzmittelbestandes und dessen Veränderung ergeben sich aus nachfolgender Übersicht:

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR	Veränderung TEUR
Liquide Mittel	1.257	3.200	-1.943
Kontokorrentkredite bei Banken	-4.993	-2.104	-2.889
Finanzmittelbestand	-3.736	1.096	-4.832

Unter Berücksichtigung der für den Eifelhöhen-Klinik-Konzern insgesamt bestehenden Kreditlinien von 9.450 TEUR beläuft sich die vorhandene Liquiditätsreserve – in Form der noch nicht ausgeschöpften Kreditlinien zuzüglich liquider Mittel – auf 5.714 TEUR.

(33) Segmentberichterstattung

Die Klinikbetriebe sind als rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Unternehmen tätig, die in ihrem regionalen Umfeld die Geschäftstätigkeit autonom ausüben. Unselbstständige Betriebsstätten oder Niederlassungen bestehen innerhalb des Konzerns der Eifelhöhen-Klinik AG nicht.

Die geschäftliche Segmentierung von unternehmerischen Aktivitäten orientiert sich an der internen Unternehmenssteuerung. Der Eifelhöhen-Klinik-Konzern konzentriert seine wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Erbringung von klinischen Rehabilitationsbehandlungen. Infolgedessen sind sowohl die interne Berichterstattung als auch die Abstimmungs-, Steuerungs- und Entscheidungsprozesse auf Vorstandsebene auf den Eifelhöhen-Klinik-Konzern als unternehmerische Einheit im Sinne einer Ein-Segment-Struktur auf die Erbringung von klinischen Rehabilitationsbehandlungen ausgerichtet. Eine weitergehende Aufgliederung des Konzerns in Segmente im Sinne des IFRS 8 ergibt sich daher nicht.

Der Eifelhöhen-Klinik-Konzern ist ausschließlich auf dem deutschen Markt und dort nur in Nordrhein-Westfalen tätig, so dass sich eine Angabe nach IFRS 8 par. 33 nicht ergibt.

Umsatzerlöse mit wesentlichen Kunden	2013		2012	
	TEUR	in %	TEUR	in %
Gesetzliche Krankenversicherungen	26.558	76,8	25.634	75,9
Rentenversicherungsträger	3.539	10,2	3.762	11,2

(34) Haftungsverhältnisse

Die Haftungsverhältnisse zum Abschlussstichtag betreffen mit 17.521 TEUR (Vorjahr: 18.895 TEUR) Verbindlichkeiten aus Leistungsgarantien.

Mit einer Vereinbarung über eine Leistungsgarantie gegenüber der Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold eG, Paderborn und der NRW.BANK, Anstalt des Öffentlichen Rechts, vom 20.12.2010 verpflichtete sich der Garantiegeber gegenüber dem Darlehensgeber unbeding und unwiderruflich, rückständige Zins- und Tilgungsleistungen einschließlich Verzugszinsen und Nebenkosten zu zahlen. Die Garantieübernahme besteht zugunsten des Minderheitsgesellschafters (Kurverwaltung) und betrug bisher gemäß Vertrag 31.000 TEUR und läuft mit Tilgung des Darlehens aus. Sie ersetzt seit vollzogener Darlehensumstellung die Kapitaldienstgarantie vom 19.11.1994.

(35) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Als sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen Miet- bzw. Leasingverhältnisse (im Wesentlichen Grundstücke, Büroräume und -gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung), die nach der wirtschaftlichen Betrachtung als Operating-Leasingverhältnisse zu qualifizieren sind. Aus diesen Vertragsverhältnissen wurden im Jahr 2013 Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 3.001 TEUR (Vorjahr: 2.984 TEUR) geleistet. Leasingverhältnisse wurden für eine durchschnittliche Laufzeit von 4 Jahren abgeschlossen.

Die Mieten und (Leasing-)Raten aus den Vertragsverhältnissen werden in den Folgejahren wie folgt fällig:

Miet- und Pachtverträge	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
bis zu 1 Jahr	2.860	2.960
länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	10.422	10.523
länger als 5 Jahre	6.267	8.732
	19.549	22.215

(36) Kapitalmanagement

Primäres Ziel des Kapitalmanagements im Konzern ist die Sicherstellung einer finanziellen Flexibilität, um die Geschäfts- und Wachstumsziele zu erreichen sowie eine kontinuierliche und nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu ermöglichen. Dazu wird die Kapitalstruktur unter permanenter Beobachtung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gezielt gesteuert. Die Ziele, Methoden und Verfahrensweisen zur Optimierung des Kapitalmanagements bestanden zum 31. Dezember 2013 unverändert fort.

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
Eigenkapital	16.980	17.274
in % vom Gesamtkapital ¹⁾	51 %	64 %
Finanzverbindlichkeiten		
langfristige Finanzverbindlichkeiten	11.176	8.883
kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	6.457	4.158
Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente	-1.257	-3.200
	16.376	9.841
in % vom Gesamtkapital	49 %	36 %
Gesamtkapital	33.356	27.115

¹⁾ $\text{Eigenkapital} + \text{langfristige Finanzverbindlichkeiten} + \text{kurzfristige Finanzverbindlichkeiten} - \text{Zahlungsmittel} = \text{Gesamtkapital}$

Im Geschäftsjahr 2013 verminderte sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr um 1,7 %. Dies ist im Wesentlichen auf die Dividendenauszahlung von 151 TEUR sowie den in 2013 erzielten Konzerjahresfehlbetrag von -201 TEUR zurückzuführen. Die versicherungsmathematischen Gewinne (netto 40 TEUR) und die verbesserte Cashflow-Hedge-Rücklage wirkten dieser Minderung entgegen.

(37) Management der finanzwirtschaftlichen Risiken

Die systematische Risikoidentifikation und -bewertung sowie die hieraus abzuleitenden Maßnahmen und Handlungsempfehlungen sind integraler Bestandteil einer umfassenden Risikoinventarisierung.

Ziel des Risikomanagements ist die Vermeidung möglicher Risiken bzw. deren Kontrolle oder das Treffen entsprechender Vor-

sorge jeweils unter Berücksichtigung der sich bietenden Chancen.

Das Risikomanagementsystem erstreckt sich integrativ auf alle operativen Bereiche des Konzerns, d. h. der Eifelhöhen-Klinik AG und der Tochterunternehmen. Es umfasst unter anderem die folgenden prägenden Risikobereiche

- Finanzen/Controlling (Reporting, Sachkosten, Zinsrisiko)
- Personal
- Entwicklung des Geschäftsumfeldes
- Krankenhausbetrieb

Die im Konzern benötigte Liquidität wird durch längerfristige und festverzinsliche Darlehen sowie durch Kreditlinien sichergestellt. Darüber hinaus wurden für Darlehen mit variablen Zinssätzen sogenannte Zinssicherungsgeschäfte abgeschlossen.

(38) Zusätzliche Angaben zu Finanzinstrumenten in der Bilanz

Marktrisiko und Sensitivitätsanalyse

Für die Zinsswaps (vgl. Angabe 27) besteht das Marktrisiko, dass sich der jeweils beizulegende Zeitwert aufgrund von Schwankungen des Zinssatzes ändert. Ein Anstieg des Zinsniveaus würde zu einem höheren positiven Marktwert bzw. niedrigeren negativen Marktwert der jeweiligen Zinsswaps führen.

Eine Änderung des Zinsniveaus um 100 Basispunkte hätte zum Bilanzstichtag eine zusätzliche Zunahme bzw. Abnahme des Zeitwertes mit folgenden Auswirkungen auf das Eigenkapital gehabt:

	Anstieg um 100 Basispunkte	Minderung um 100 Basispunkte
	TEUR	TEUR
31.12.2013		
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	-24	12
Latente Steuern	4	-2
Veränderung im Eigenkapital	20	-10
31.12.2012		
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	-45	40
Latente Steuern	14	-6
Veränderung im Eigenkapital	31	-34

Änderungen des Zinssatzes hätten keinen Einfluss auf das Periodenergebnis (vgl. Ausführungen zu Angabe 23).

Eine Überleitungsrechnung für die Buchwerte der Bilanzposten auf die einzelnen Klassen der IFRS 7 zeigt die folgende Tabelle:

	Überleitung der Bilanzposten zu den Klassen der Finanzinstrumente				Einteilung in Klassen des IFRS 7					
	Buchwert gemäß Bilanz zum 31.12.2013	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zur Veräußerung verfügbar	Kredite und Forderungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Schulden	Zum fair value bewertet			Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	
						Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Aktiva										
kurzfristig										
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.648	0	0	5.648	0	0	0	0	0	5.648
Sonstige Vermögenswerte	453	0	0	453	0	0	0	0	0	453
Zahlungsmittel und Zahlungäquivalente	1.257	0	1.257	0	0	1.257	0	0	0	0
Gesamte finanzielle Vermögenswerte	7.358	0	1.257	6.101	0	1.257	0	0	0	6.101
Passiva										
langfristig										
Finanzverbindlichkeiten	11.176	0	0	0	11.176	0	0	0	0	11.176
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	192	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon aus negativen Zeitwerten derivativer Finanzinstrumente	192	192	0	0	0	0	192	0	0	0
kurzfristig										
Finanzverbindlichkeiten	6.457	0	0	0	6.457	0	0	0	0	6.457
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.768	0	0	0	1.768	0	0	0	0	1.768
Sonstige Verbindlichkeiten	2.093	0	0	0	2.093	0	0	0	0	2.093
Gesamte finanzielle Schulden	21.686	192	0	0	21.494	0	192	0	0	21.494

	Überleitung der Bilanzposten zu den Klassen der Finanzinstrumente				Einteilung in Klassen des IFRS 7				
	Buchwert gemäß Bilanz zum 31.12.2012	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zur Veräußerung verfügbar	Kredite und Forderungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Schulden	Zum fair value bewertet	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	
Aktiva									
kurzfristig									
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.810	0	0	4.810	0	0	0	0	4.810
Sonstige Vermögenswerte	1.251	0	0	1.251	0	0	0	0	1.251
Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente	3.200	0	3.200	0	0	3.200	0	0	0
Gesamte finanzielle Vermögenswerte	9.261	0	3.200	6.061	0	3.200	0	0	6.061
Passiva									
langfristig									
Finanzverbindlichkeiten	8.883	0	0	0	8.883	0	0	0	8.883
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	213	0	0	0	0	0	0	0	0
davon aus negativen Zeitwerten derivativer Finanzinstrumente	213	213	0	0	0	0	213	0	0
kurzfristig									
Finanzverbindlichkeiten	4.158	0	0	0	4.158	0	0	0	4.158
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.256	0	0	0	1.256	0	0	0	1.256
Sonstige Verbindlichkeiten	1.944	0	0	0	1.944	0	0	0	1.944
Gesamte finanzielle Schulden	16.454	213	0	0	16.241	0	213	0	16.241

Die Bewertung der Finanzinstrumente zu beizulegenden Zeitwerten folgt einer dreistufigen Hierarchie und orientiert sich an der Nähe der herangezogenen Bewertungsfaktoren zu einem aktiven Markt. Als aktiver Markt bezeichnet man einen Markt, auf dem homogene Produkte gehandelt werden, für die jederzeit vertragswillige Käufer und Verkäufer gefunden werden und deren Preise öffentlich zugänglich sind.

Nach Stufe 1 werden Finanzinstrumente, wie zum Beispiel Zahlungsmittel, bewertet, die auf aktiven Märkten notiert sind.

Zu nach Stufe 2 bewerteten Finanzinstrumenten gehören beispielsweise Derivate, deren Bewertung auf marktbezogenen, anerkannten finanzmathematischen Bewertungsmodellen beruht und deren Bewertungsfaktoren, wie Zinssätze, auf aktiven Märkten direkt oder indirekt beobachtet werden können.

Nach Stufe 3 werden Finanzinstrumente bewertet, bei denen die Input-Parameter für die Bewertung auf nicht beobachtbaren Marktdaten basieren. Derartige Finanzinstrumente liegen im Konzern nicht vor.

Bei den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumenten entsprechen die anzugebenden Fair-Value-Stufen grundsätzlich den oben angegebenen Kriterien.

Die Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und von finanziellen Schulden innerhalb der Klasse „zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet“ entsprechen ihren Buchwerten und sind in den jeweiligen Abschnitten unter den Erläuterungen zur Bilanz angegeben.

(39) Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Zum Abschlussstichtag hält der Vorstand indirekt 2,85 %, auf den Aufsichtsrat entfallen direkt 0,06 % und indirekt 1,04 % der Aktien der Gesellschaft.

Im Zuge der Altersversorgung von Mitarbeitern unterhält die Muttergesellschaft sowie die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH als Trägerunternehmen eine ausgegliederte Unterstützungskasse in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Die Unterstützungskasse e. V. hat der Eifelhöhen-Klinik AG ein Darlehen (Valuta zum 31.12.2013: 900 TEUR) gewährt, das zu marktüblichen Bedingungen verzinst wird. Die Tilgung des Darlehens erfolgt durch die Rentenzahlungen der Eifelhöhen-Klinik AG – in 2013 209 TEUR – an ehemalige Mitarbeiter.

(40) Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Herr Dr. Küthmann ist auch Geschäftsführer mehrerer Tochtergesellschaften der Eifelhöhen-Klinik AG.

Die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 betragen 276 TEUR (Vorjahr: 272 TEUR) einschließlich eines variablen Anteils, bezogen auf das Konzernergebnis 2012, von 17 TEUR.

Herr Dr. Küthmann erhielt eine Grundvergütung und eine Tantieme in Höhe von 3 % des Konzernjahresüberschusses 2012.

Darüber hinaus werden durch die Gesellschaft an den Vorstand keine Leistungen, insbesondere Pensionszusagen, Aktienoptionen oder Kreditgewährungen erbracht.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 50 TEUR (Vorjahr: 50 TEUR).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen wurden 638 TEUR (Vorjahr: 660 TEUR) zurückgestellt.

Der ausgeübte Beruf besteht beim Vorstand in der Geschäftsführung und Vertretung der Muttergesellschaft.

Aufsichtsrat

Dipl.-Oec. Jörg Karsten Leue

Geschäftsführer der AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG, Graal-Müritz und der SPG Senioren- und Pflegeheim-Betriebsgesellschaft mbH & Co. Strandperle KG, Graal-Müritz

Vorsitzender

Birgit Wöstemeyer

Betriebsratsvorsitzende

Arbeitnehmervertreterin

Dipl.-Oec., Ing. Sigurd Roch

Freier Berater im Gesundheitswesen

Herr Leue ist Mitglied des Aufsichtsrats der Diakonie Klinikum Dietrich Bonhoeffer GmbH, Neubrandenburg.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats sind gleichzeitig Mitglieder des Beirats der GlobalMed GmbH. Der jeweilige Aufsichtsratsvorsitzende der Eifelhöhen-Klinik AG ist darüber hinaus noch Beiratsmitglied der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH.

Die Gesamtvergütung an den Aufsichtsrat betrug 112 TEUR (Vorjahr: 92 TEUR), wobei auf den Aufsichtsratsvorsitzenden 57 TEUR und auf die Aufsichtsratsmitglieder je 27,5 TEUR entfallen.

(41) Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr beschäftigten Arbeitnehmer ohne ruhende Arbeitsverhältnisse betrug im Jahresdurchschnitt im Konzern 564 Personen (Vorjahr: 545 Personen), wobei Teilzeitbeschäftigte entsprechend ihrer Arbeitszeiten anteilig berücksichtigt wurden.

(42) Honorar für den Abschlussprüfer

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer für den Konzern und die Tochtergesellschaften beträgt insgesamt 157 TEUR (ohne Umsatzsteuer) und gliedert sich wie folgt auf:

	2013 TEUR	2012 TEUR
Abschlussprüfung	106	108
Steuerberatungsleistungen	37	38
Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	8	35
Sonstige Leistungen	6	0
	157	181

(43) Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat am 10.12.2013 abgegeben und den Aktionären unter www.eifelhoehen-klinik.ag im Bereich Aktiengesellschaft „Investor Relations“ unter der Rubrik „Corporate Governance“ dauerhaft zugänglich gemacht.

(44) Angaben nach WpHG

Die Gesellschaft hat bestehende Beteiligungen gem. § 21 Abs. 1 WpHG wie folgt veröffentlicht:

a) 12. März 2007

Die AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG, 18181 Graal-Müritz, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 07.03.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 06.03.2007 durch Aktien die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 10,28 % (das entspricht 320.597 Stimmrechten) beträgt.

b) 04. April 2007

Die Graaler Care GmbH, Graal-Müritz, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 22.03.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 19.03.2007 durch Aktien die Schwelle von 3 %, 5 % und 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 14,72 % (das entspricht 459.364 Stimmrechten) beträgt.

14,72 % der Stimmrechte (das entspricht 459.364 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG zuzurechnen.

Die SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG, Graal-Müritz, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 22.03.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 19.03.2007 durch Aktien die Schwelle von 3 %, 5 % und 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 14,72 % (das entspricht 459.364 Stimmrechten) beträgt.

c) 18. Juni 2007

Die Graaler Management GmbH, Graal-Müritz, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 13.06.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 09.05.2007 durch Aktien die Schwelle von 3 %, 5 % und 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 10,37 % (das entspricht 323.597 Stimmrechten) beträgt.

10,37 % der Stimmrechte (das entspricht 323.597 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG zuzurechnen.

d) 10. Oktober 2013

Herr Bruno Fortmeier, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 10.10.2013 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, am 10.10.2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 7,87 % (das entspricht 245.430 Stimmrechten) betragen hat.

7,87 % der Stimmrechte (das entspricht 245.430 Stimmrechten) sind Herrn Fortmeier gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der ARF Holding GmbH zuzurechnen.

Die ARF Holding GmbH, Schloß Holte, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 10.10.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, am 10.10.2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 7,87 % (das entspricht 245.430 Stimmrechten) betragen hat.

(45) Befreiungswahlrechte nach § 264 Abs. 3 HGB

Die Kaiser-Karl-Klinik GmbH und die GlobalMed GmbH, beide in Bonn, die im Rahmen einer Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen werden, machen gem. § 264 Abs. 3 HGB für das Geschäftsjahr 2013 von der Befreiung der §§ 284–289 HGB sowie der §§ 325–329 HGB Gebrauch. Die Beschlüsse der Gesellschafter sind nach § 325 HGB offengelegt.

(46) Ereignisse nach der Berichtsperiode

Nach dem 31. Dezember 2013 ergaben sich keine Ereignisse, über die nach IAS 10 berichtet werden muss.

Bonn, 04.04.2014
Eifelhöhen-Klinik AG

Der Vorstand



Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 04.04.2014

Der Vorstand



Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Eifelhöhen-Klinik Aktiengesellschaft, Bonn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 15.04.2014

Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung

Kurt Heller GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Steuerberatungsgesellschaft

Marcus Heller
Wirtschaftsprüfer

Hermann Faßbender
Wirtschaftsprüfer



Kennzahlentabelle 2013

Kontakt

Jahresüberschuss je Aktie	-0,07	EUR
Ergebnis je Aktie	-0,05	EUR
Netto-Cashflow je Aktie nach IAS 7.18 - 20	0,79	EUR
Eigenkapital je Aktie	5,61	EUR
Höchstkurs	4,83	EUR
Tiefstkurs	3,33	EUR
Jahresendkurs	3,75	EUR
Marktkapitalisierung	11.350.658	EUR
KCV	4,75	
Anzahl der durchschnittlich im Umlauf befindlichen Aktien	3.026.842	Stück
Streubesitz	64	%

Bitte nehmen Sie bei Fragen oder Anregungen Kontakt mit uns auf.

Ansprechpartner: Michaela Gillessen
Telefon: 0228 967782-0
Telefax: 0228 967782-49
E-Mail: ir@eifelhoehen-klinik.ag
Internet: www.eifelhoehen-klinik.ag
Adresse: Eifelhöhen-Klinik AG
Graurheindorfer Str. 92
53117 Bonn

Finanzkalender

Gesundheitstag Frankfurt	9./10. April 2014
Veröffentlichung Jahresfinanzbericht	30. April 2014
Zwischenmitteilung	Mai 2014
Geschäftsbericht	Juni 2014
Hauptversammlung in Bonn-Bad Godesberg	8. Juli 2014
Halbjahresfinanzbericht	August 2014
Zwischenmitteilung	November 2014

Eifelhöhen-Klinik AG

Investor Relations
Graurheindorfer Str. 92
53117 Bonn

Telefon 0228 967782-0 Telefax 0228 967782-49
E-Mail: ir@eifelhoehen-klinik.ag